

Auswahl aktueller Rechtsprechung (Stand: September 2016)

I. Datenschutzrecht

- Ein Access-Provider kann auch bei einer DSL-Flatrate die IP-Adresse des Kunden über mehrere Tage hinweg speichern, wenn dies für die Aufrechterhaltung des technischen System erforderlich ist: OLG Köln, Urt. v. 14.12.2015 - 12 U 16/13.
- Eine Datenschutzverletzung bei P2P-Urheberrechtsprozessen führt zu einem Beweisverwertungsverbot: AG Rostock, Urt. v. 07.08.2015 – Az.: 48 C 11/15.
- Nach Ansicht des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten ist die Praxis von *Facebook*, dass User bei ihren Nutzerkonten Klarnamen benutzen müssen, ein Verstoß gegen geltendes Datenschutzrecht. Die Behörde hat daher eine entsprechende Verwaltungsordnung gegen *Facebook Ireland Ltd.* Erlassen - <http://kurzlink.de/8ElquAoQA>
- Die Dekompilierung eines Computerprogramms ist auch dann nicht gerechtfertigt, wenn der Betroffene aus Datenschutzgründen eine "Spionagefunktion" der Software (hier: Google-Analytics-Tracking-Code) entfernen will: OLG Frankfurt a.M., Urt. v. 27.01.2015 – Az.: 11 U 94/13.
- Eine fehlerhafte Datenschutzerklärung zum *Facebook Like Button* ist keine Wettbewerbsverletzung und kann daher nicht abgemahnt werden: LG Frankfurt a.M., Urt. v. 16.10.2014 – Az.: 2-03 O 27/14.
- Der Betreiber einer Facebook-Fanpage ist für die allein von Facebook vorgenommene Verarbeitung personenbezogener Daten von Besuchern der Fanpage datenschutzrechtlich nicht verantwortlich, denn er hat keinen Einfluss auf die technische und rechtliche Ausgestaltung der Datenverarbeitung durch Facebook: *Pressemitteilung des OVG Schleswig v. 05.09.2014.*
- Der BGH hat seine bisherige Rechtsansicht noch einmal bestätigt und entschieden, dass Provider (hier: *Deutsche Telekom*) anlasslos IP-Adressen 7 Tage speichern darf: BGH, Urt. v. 03.07.2014 – Az.: III ZR 391/13.
- Der Betreiber einer Internetsuchmaschine ist bei personenbezogenen Daten, die auf von Dritten veröffentlichten Internetseiten erscheinen, für die von ihm vorgenommene Verarbeitung verantwortlich. Eine Person kann sich daher, wenn bei einer anhand ihres Namens durchgeführten Suche in der Ergebnisliste ein Link zu einer Internetseite mit

Informationen über sie angezeigt wird, unmittelbar an den Suchmaschinenbetreiber wenden, um unter bestimmten Voraussetzungen die Entfernung des Links aus der Ergebnisliste zu erwirken, oder, wenn dieser ihrem Antrag nicht entspricht, an die zuständigen Stellen: EuGH, Urteil vom 13.05.2014 – Az.: C-131/12.

- Das Speichern von Mitarbeiterdaten zu Beweis Zwecken bei Online-Urheberrechtsverletzungen ist datenschutzgemäß: VG Berlin, Urteil vom 13.01.2014 – Az.: VG 1 K 220.12.
- Die Deutsche Telekom AG darf auch ohne Anlass die IP-Adressen von Nutzern bis zu 7 Tagen speichern: OLG Frankfurt a.M., Urteil vom 28.08.2013 - Az.: 13 U 105/07.
- Fehlt die nach § 13 TMG erforderliche Datenschutzbelehrung auf einer Webseite, handelt es sich um hierbei um einen abmahnfähigen Wettbewerbsverstoß: OLG Hamburg, Urteil vom 27.06.2013 - Az.: 3 U 26/12.
- Dynamische IP-Adressen alleine unterfallen noch nicht dem Datenschutzrecht, da es sich um keine personenbezogenen Daten handelt. Etwas anderes gilt jedoch, wenn darüber hinaus weitere Informationen gespeichert werden, die eine Identifizierung ermöglichen: LG Berlin, Urteil vom 31.01.2013 - Az.: 57 S 87/08.
- IP-Adressen als personenbezogene Daten: EuGH, Urteil vom 24.11.2011, Az.: C-70/10.

II. Elektronischer Geschäftsverkehr

1. Amazon

- *Amazon* haftet wegen fehlender Textilkennzeichnung und fehlender Grundpreisangaben: OLG Köln, Ur. v. 19.06.2015 – Az. 6 U 183/14.
- Erneut hat das OLG Köln entschieden, dass ein *Amazon*-Händler für falsche UVP-Preise von *Amazon* verantwortlich ist, auch wenn die Informationen von *Amazon* vorgegeben werden und der Händler hierauf keinen Einfluss hat: OLG Köln, Ur. v. 24.04.2015 – Az.: 6 U 175/14.
- Auf die Standard-Widerrufsbelehrung, die *Amazon* an seine Kunden verschickt, kann sich ein Online-Händler, der über den *Amazon Marketplace* verkauft, nicht berufen: AG Mettmann, Ur. v. 06.08.2014 – Az.: 21 C 304/13.
- *Amazon* ist nicht berechtigt, ausgegebene Gutscheine nur anteilig auf den Kaufpreis anzurechnen, wenn der Kunde einen Teil der erworbenen Ware wieder zurücksendet: LG München I, Ur. v. 14.08.2014 – Az.: 17 HK O 3598/14.
- Die Lieferfristen-Angabe bei Amazon "*Gewöhnlich versandfertig in 3 bis 5 Wochen*" kann bei Vorliegen bestimmter Umstände irreführend und somit wettbewerbswidrig sein: LG Bochum, Urteil vom 03.07.2013 - Az.: I-13 O 55/13.

2. Ebay

- Versteckte Mitgebote des Verkäufers bei eBay sind unwirksam: BGH, Urt. v. 24.08.2016, Az. VIII ZR 100/15
- Ein eBay-Verkäufer haftet für die wettbewerbswidrige Weiterempfehlungsfunktion von *eBay*: LG Hamburg, Urt. v. 08.12.2015 - 406 HKO 26/15.
- Ein "unseriöser" Bieter ist kein Grund für den Abbruch einer eBay-Auktion: BGH, Urt. v. 23.09.2015 – VIII ZR 284/14.
- Ein *eBay*-Verkäufer, der eigene Angebote durch vorgetäushtes Mitbieten künstlich erhöht, ist schadensersatzpflichtig: OLG Stuttgart, Urt. v. 14.04.2015 – Az.: 12 U 153/14.
- Ein ungebrauchtes, aber 20 Jahre altes Produkt darf auf eBay.de nicht als neuwertige Ware verkauft werden: LG Aachen, Urt. v. 13.01.2015 – Az.: 41 O 60/14.
- Die Bedingungen einer laufenden eBay-Auktion sind grundsätzlich nicht abänderbar: AG Dieburg, Urt. v. 15.04.2015 – Az.: 20 C 945/14.
- Ein Online-Händler haftet für technische Fehler von *eBay*: LG Leipzig, Urt. v. 16.12.2014 – Az.: 01 HK 1295/14.
- Der Anbieter, der erst während der Bietzeit erkennt, dass die angebotene Sache einen Mangel hat, kann sein Angebot zurücknehmen: LG Heidelberg, Urt. v. 12.12.2014 – Az. 3 S 27/14.
- Ein Verweis auf den Inhalt eines *eBay*-Angebots (hier: ein Gebrauchtwagen) ist nicht ausreichend, um die dortige Inhaltsbeschreibung 1:1 auf den vorliegenden Kaufvertrag anzuwenden: AG Pfaffenhofen, Urt. v. 10.12.2014 – Az.: 1 C 1030/14.
- Der Bundesgerichtshof hat sich in einer Entscheidung mit der Frage der Wirksamkeit eines im Wege einer Internetauktion abgeschlossenen Kaufvertrags befasst, bei dem ein grobes Missverhältnis zwischen dem Kaufpreis und dem Wert der Kaufsache besteht, und entschieden, dass der Kaufvertrag nicht wegen Sittenwidrigkeit (§ 138 Abs. 1 BGB*) nichtig ist und daher Schadensersatzforderungen begründen kann: BGH, Urt. v. 12.09.2014 – Az.: VIII ZR 42/14.
- Bricht ein Verkäufer seine eBay-Auktion grundlos ab, schuldet er demjenigen Schadensersatz, der mit seinem Höchstgebot nicht zum Zuge kommt. Das kann auch dann gelten, wenn sich der Höchstbietende als so genannter "Abbruchjäger" an der eBay-Auktion beteiligt haben sollte: OLG Hamm, Urt. v. 30.10.2014 – Az.: 28 U 199/13.
- Eine kritische, aber wahre eBay-Bewertung eines Mitbewerbers kann zulässig sein: LG Dresden, Urt. v. 29.08.2014 – Az.: 3 O 709/14.

- Die Grundpreisangaben in einer eBay-Artikelübersicht sind dann nicht erforderlich, wenn der in der Übersicht angegebene Preis sich nicht auf ein konkretes Produkt bezieht: LG Düsseldorf, Urt. v. 15.08.2014 – Az.: 38 O 70/14.
- Meldet sich ein User bei *eBay* mit gefälschten Daten an, so hat er keinen Anspruch auf Erfüllung eines über die Online-Plattform geschlossenen Vertrages: AG Kerpen, Urt. v. 27.06.2014 – Az.: 104 C 106/14.
- Der Inhaber eines eBay-Mitgliedskontos haftet für die über seinen Account geschlossenen Verträge: OLG Celle, Urt. v. 09.07.2014 – Az.: 4 U 24/14.
- Der Verkäufer einer eBay-Auktion kann sein Angebot jederzeit ohne Vorliegen besonderer Gründe abbrechen, wenn die Laufzeit bis zum Auktionsende noch länger andauert. Zwar enthalte § 10 Nr.1 der eBay-AGB eine entsprechende Bestimmung, dass nur bei Vorliegen bestimmter Umstände ein Rücktritt vom Verkaufsangebot möglich sei. Diese Regelungen seien jedoch nicht relevant, da eBay lediglich das Verhältnis zwischen sich selbst und dem Verkäufer bzw. Käufer regeln könne, nicht jedoch auch die Verbindung zwischen Käufer und Verkäufer: AG Darmstadt, Urteil vom 25.06.2014 – Az.: 303 C 243/13.
- Der Ankauf von gleichartigen Produkten (hier: 22 Stück über Ebay) spricht für ein geschäftliches Handeln des Betroffenen: OLG Köln, Beschluss vom 08.05.2014 – Az.: 6 U 64/14.
- Umsätze von Eheleuten über eBay unter Verwendung eines gemeinsamen „Nickname“ sind vom Inhaber des Nutzerkontos zu versteuern: FinG BW, Urteil vom 19.12.2013 – Az.: 1 K 1939/12.
- Da nach den AGB von Ebay jedes Verkaufsangebot unter dem Vorbehalt einer berechtigten Rücknahme steht, sind die eingestellten Angebote auch nur als bedingt verbindlich anzusehen: BGH, Urteil vom 08.01.2014 - Az.: VIII ZR 63/13.
- Ein eBay-Verkäufer kann seine Auktion, abbrechen, wenn aus technischen Gründen kein Mindestpreis angezeigt wird: OLG Hamm, Urteil vom 04.11.2013 - Az.: 2 U 94/13.
- Wird eine Auktion auf ebay vorzeitig abgebrochen, so hat der Höchstbietende nicht in jedem Fall einen Anspruch auf Durchsetzung des Kaufvertrages bzw. auf Schadensersatz: AG Alzey, Urteil vom 26.06.2013 – Az.: 28 C 165/12.
- Wird der Gegenstand einer eBay-Auktion während der Versteigerung beschädigt, kann der Verkäufer von seinem Verkaufsangebot zurücktreten: AG Krefeld, Urteil vom 07.06.2013 - Az.: 5 C 352/12.
- Bewirbt eBay fremde Angebote auf seiner Online-Plattform mittels Internet-Anzeigen (hier: AdWords-Kampagnen), so treffen das Unternehmen gesteigerte Sorgfaltspflichten, so dass die übliche Haftungsprivilegierung ab Kenntnis nicht greift: BGH, Urteil vom 16.05.2013 - Az.: I ZR 216/11.

- Bezugnahme auf Post-AGB bei eBay-Geschäft nicht wirksam: AG München, Urteil vom 23.4.13 – Az.: 262 C 22888/12.
- Handelt jemand auf Ebay wiederholt mit gleichartigen und neuen Gegenständen, liegt eine Qualifikation als gewerbliche Tätigkeit nahe: Urteil des OLG Hamm vom 17.01.2013 – Az.: 4 U 147/12.
- eBay-Auktion grundsätzlich anfechtbar, wenn Verkäufer einem Irrtum unterlag: AG Bremen, Urteil vom 05.12.2012, Az.: 23 C 0317/12.

3. Flüge und Reisen

- Dem gesetzlich vorgeschriebenen "Opt-In"-Erfordernis bei Online-Buchungen von Reiseflügen genügt es, wenn der Kunde sich aktiv für oder gegen die Inanspruchnahme der fakultativen Zusatzleistung (hier: Versicherung) entscheiden muss: OLG Frankfurt a.M., Ur. v. 24.09.2015 – Az.: 6 U 60/15.
- Die Flughafengebühr muss bei Online-Buchungen gesondert ausgewiesen werden: LG Berlin, Ur. v. 26.06.2015 – Az.: 15 O 367/14.
- Der unter anderem für das Wettbewerbsrecht zuständige I. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat heute entschieden, dass Fluggesellschaften im Rahmen eines elektronischen Buchungssystems bei jeder Angabe von Preisen für Flüge und damit auch bei der erstmaligen Angabe von Preisen den zu zahlenden Endpreis einschließlich aller Preisbestandteile anzugeben haben: Urteil vom 30. Juli 2015 – Au.: I ZR 29/12.
- Die Klausel von *fluege.de*, wonach 50,- EUR für die Rückgängigmachung einer Lastschrift anfallen, ist rechtswidrig: LG Leipzig, Ur. v. 30.04.2015 – Az.: 8 O 2084/14.
- Die Klausel "*Mit Zustandekommen des Vertrages werden sämtliche Zahlungen sofort fällig*" auf einem Internet-Portal für Flugbuchungen ist unwirksam: OLG Celle, Ur. v. 18.12.2014 – Az.: 13 U 19/14.
- Fakultative Zusatzleistungen bei Online-Flugbuchungen sind nur dann erlaubt, wenn der Anbieter ausdrücklich ein Opt-In vom Kunden einholt und die Möglichkeit der Ablehnung und Zustimmung gleichberechtigt nebeneinander dargestellt werden. Wird die Möglichkeit der Ablehnung hingegen "versteckt", so ist dies wettbewerbswidrig: OLG Frankfurt a.M., Ur. v. 09.10.2014 – Az.: 6 U 148/13.
- Der Versicherungsschutz einer Reiserücktrittsversicherung endet nicht beim Online Check-In, da damit die Reise noch nicht angetreten ist: AG München, Urteil vom 30.10.13 – Az.: 171 C 18960/13.
- Nur weil eine Person Inhaber einer bestimmten Domain ist, über die eine Reisebuchung erfolgt, bedeutet dies nicht automatisch, dass sie Anbieterin der Reiseleistung ist und

Vertragspartei wird: LG Wiesbaden, Urteil vom 18.10.2013 - Az.: 1 O 159/13.

4. Onlinehandel und -vertragsschluss

- Online-Verträge können per E-Mail gekündigt werden: BGH, Urt. v. 14.07.2016, Az. III ZR 387/15
- Ein Makler-Vertrag kommt nicht bereits deswegen zustande, weil ein Makler ein Angebot in einer Internetanzeige bewirbt und sich ein Kunde daraufhin meldet: OLG Köln, Urt. v. 03.12.2015 – Az.: 24 U 21/14.
- Der Grundpreis für eine Ware muss auf derselben Internetseite dargestellt werden wie der Verkaufspreis: LG Karlsruhe, Urt. v. 23.12.2015 – Az.: 15 O 12/15 KfH.
- Das Software-Unternehmen *Valve* kann vertraglich ausschließen, dass User ihre *Steam*-Accounts auf Dritte übertragen können: KG Berlin, Beschl. v. 27.08.2015 – Az.: 23 U 42/14.
- Der BGH hat entschieden, dass Zahnarzt-Angebote auf der Internet-Plattform *Groupon* grundsätzlich zulässig sind: Urt. v. 21.05.2015 – Az.: I ZR 183/13.
- Ein Online-Shop muss die Versandkosten ins EU-Ausland im Voraus angeben. Es reicht nicht aus, einen allgemeinen Hinweis "*Versandkosten auf Anfrage*" aufzunehmen: KG Berlin, Beschl. v. 02.10.2015 – Az.: 5 W 196/15.
- "*VISA Entropoay*" ist kein gängiges Zahlungsmittel in einem Online-Shop, so dass dies nicht die einzige kostenlose Payment-Variante sein darf: LG Hamburg, Urt. v. 01.10.2015 – Az.: 327 O 166/15.
- Die Angaben zur Lieferbarkeit eines Produktes in einem Online-Shop müssen stets richtig und aktuell sein, es darf zu keinen Verzögerungen kommen: OLG Hamm, Urt. v. 11.08.2015 - Az.: 4 U 69/15.
- Online-Händler müssen klar und deutlich über die Schranken des fernabsatzrechtlichen Widerrufsrechts informieren. Eine ausreichende Transparenz ist u.a. dann nicht gegeben, wenn solche Einschränkungen in den AGB platziert sind, getrennt von der eigentlichen Widerrufsbelehrung: LG Oldenburg, Urt. v. 13.03.2015 – Az.: 12 O 2150/14.
- Die fernabsatzrechtliche Widerrufsbelehrung in einem Online-Shop muss nicht zwingend räumlich oberhalb des "Kaufen"-Buttons platziert werden. Sie kann auch räumlich unterhalb davon positioniert werden. Erforderlich ist lediglich eine räumliche Nähe zum "Kaufen"-Button, d.h., dass die Widerrufsbelehrung einen unmittelbaren räumlichen Zusammenhang zum Button aufweist: OLG Köln, Urt. v. 08.05.2015 – Az.: 6 U 137/14.
- *Sofortüberweisung* ist keine zumutbare Bezahlmöglichkeit in einem Online-Shop, so dass

diese nicht die einzige kostenlose Payment-Variante sein darf: LG Frankfurt a.M., Urt. v. 26.06.2015 – Az.: 2-06 O 458/14.

- Der Anbieter eines Free-to-Play-Games (hier: der Anbieter *Gameforge* für das Online-Rollenspiel "*Metin2*") kann einen Nutzer bei einem AGB-Verstoß ausschließen: AG Karlsruhe, Urt. v. 19.05.2015 – Az.: 8 C 377/14.
- Es ist Unternehmen erlaubt vom gesetzlichen Widerrufsmuster abzuweichen und dem Verbraucher eine längere Widerrufsfrist als die üblichen 14 Tage (hier: 1 Monat) im Fernabsatz einzuräumen: OLG Frankfurt a.M., Beschl. v. 07.05.2015 – 6 W 42/15.
- Entgelte aus Verträgen von Online-Dating-Plattformen sind nach Ansicht des AG Neumarkt nicht einklagbar: AG Neumarkt, Urt. v. 27.07.2014 – Az.: 1 C 332/14.
- Auch wenn ein Verbraucher im Rahmen einer Online-Bestellung ein Sofa nach bestimmten Gestaltungsmöglichkeiten (hier: 578 mögliche Variationen) individuell aussucht, so ist das fernabsatzrechtliche Widerrufsrecht gleichwohl nicht ausgeschlossen: AG Dortmund, Urt. v. 28.04.2015 – Az.: 425 C 1013/15.
- Ein Verbraucher, der online Heizöl kauft, hat kein fernabsatzrechtliches Widerrufsrecht, da das Produkt den Preisschwankungen auf dem Finanzmarkt unterliegt: LG Bonn, Urt. v. 31.07.2014 – Az.: 6 S 54/14.
- Bei einer zu geringen DSL-Geschwindigkeit hat der Kunde ein außerordentliches Kündigungsrecht: AG München, Urt. v. 07.11.2014 – Az.: 223 C 20760/14.
- Ein Online-Shop kann einem Verbraucher zwingend die Abholung vorschreiben und das Recht des Kunden, die Ware selbst zurücksenden, ausschließen: OLG Düsseldorf, Urt. v. 13.11.2014 – Az.: I-15 U 46/14.
- Nutzt ein Online-Händler eine rechtswidrige Formulierung auf unterschiedlichen Online-Plattformen (eBay, Amazon, fremder Webshop, eigene Webseite), so liegen im Falle einer Vertragsstrafe jeweils eigenständige Handlungen vor: OLG München, Urt. v. 23.10.2014 – Az.: 29 U 2626/14.
- Das AG Köln hat entschieden, dass die Beschriftung des Bestell-Buttons mit der Bezeichnung "*Kaufen*" nicht ausreichend ist: AG Köln, Urt. v. 28.04.2014 – Az.: 142 C 354/13.
- Die Angabe "*sofort lieferbar*" in einem Online-Shop bedeutet, dass die Ware zum Versand am nächsten Werktag bereitgehalten werden muss: LG Aschaffenburg, Urt. v. 19.08.2014 – Az.: 2 HK O 14/14.
- Beim Onlinekauf von Goldbarren ist das fernabsatzrechtliche Widerrufsrecht nur dann einzuschränken, wenn das Rechtsgeschäft Kursschwankungen auf dem Finanzmarkt unterliegt. Wird hingegen der Verkaufspreis einseitig vom Verkäufer vorgegeben, so liegt keine Ausnahme vom Widerrufsrecht iSd. § 312 g Abs.2 Nr.8 BGB vor: AG Borken, Urt. v.

26.02.2014 – Az.: 15 C 290/13.

- Ein Unternehmer ist nicht verpflichtet, den Kunden bei Online-Kauf eines individuell konfigurierten Notebook über die genauen tatsächlichen Umstände des Ausschlusses des fernabsatzrechtlichen Widerrufsrecht aufzuklären. Es reicht vielmehr aus, wenn lediglich über das Nichtbestehen des Widerrufsrecht informiert wird: KG Berlin, Urte. v. 27.06.2014 – Az.: 5 U 162/12.
- Einen Webhoster trifft die automatische Pflicht, Backups der Webseiten seiner Kunden zu machen, auch wenn dies vertraglich nicht ausdrücklich vereinbart wurde: LG Duisburg, Urte. v. 25.07.2014 – Az.: 22 O 102/12.
- Die bloße Abrufbarkeit einer fernabsatzrechtlichen Widerrufsbelehrung auf einer Webseite ist nicht ausreichend, um die gesetzlichen Anforderungen zu erfüllen. Erforderlich ist vielmehr eine dauerhafte, textlich nicht mehr veränderbare Fassung, z.B. in Form einer E-Mail: BGH Urteil vom 15.05.2014 – Az.: III ZR 268/13.
- Bei einem Fernabsatzvertrag bedarf es nach Ausübung des Widerrufsrechts keiner weiteren Bestätigung: AG München, Urteil vom 20.3.14 – Az.: 261 C 3733/14.
- Hat der Kunde im Rahmen einer Online-Bestellung die Möglichkeit für ein Sofa eine Vielzahl von individuellen Gestaltungsmöglichkeiten auszuwählen, so ist das fernabsatzrechtliche Widerrufsrecht für diese Ware ausgeschlossen: LG Düsseldorf, Urteil vom 12.02.2014 – Az.: 23 S 111/13.
- Die Beschriftung des Bestell-Buttons mit dem Text "Bestellung abschicken" im Online-Versandhandel ist für die „Button-Lösung“ des § 312g III BGB nicht ausreichend: OLG Hamm, Urteil vom 19.11.2013 - Az.: 4 U 65/13.
- E-Mails erfüllen nicht das Schriftformerfordernis von Verträgen: OLG München, Urteil vom 23.10.2013 - Az.: 7 U 321/13.
- Eine kostenpflichtige Mehrwertdienste-Rufnummer im Impressum einer Webseite ist rechtswidrig, da die hohen Gebühren die Nutzer von der Kontaktaufnahme abhalten können: LG Frankfurt a.M., Urteil vom 02.10.2013 - Az. 2-03 O 445/12.
- Formulierungen in AGB oder eine spezielle Anrede sind nicht ausreichend, um Verbraucher von einer Website auszuschließen; klare und eindeutige Regelungen, z.B. die Ausgestaltung des Eingabefeldes "Firmenname" als Pflichtfeld oder eine entsprechende optische Hervorhebung sind nötig: LG Leipzig, Urteil vom 26.07.2013 - Az.: 08 O 3495/12.
- Die zeitliche Befristung von Online-Gutscheinen kann unter gewissen Umständen erlaubt sein: OLG Brandenburg, Urteil vom 11.06.2013 - Az.: 6 U 98/12.
- Bittet ein Unternehmen trotz ausdrücklichem Verbots bei einem Kunden per E-Mail um eine Bewertung des verkauften Gegenstandes, so handelt es sich dabei um unzumutbare

Belästigung: AG Hannover, Urt. v. 03.04.2013 - Az.: 550 C 13442/12.

- Wettbewerbsverstoß durch Facebook Freunde-Finder: LG Berlin, Urteil vom 16.03.2012, Az.: 16 O 551/10.

III. Wettbewerbsrecht

1. Impressum

- Eine kostenpflichtige Mehrwertdienstnummer im Impressum genügt der Impressumspflicht nicht: BGH, Urt. v. 25.02.2016, Az. I ZR 238/14
- Gibt der Schuldner im Impressum seiner Webseite eine veraltete Aufsichtsbehörde an, so verstößt er damit nicht gegen ein Urteil, das ihn verpflichtet, stets eine Aufsichtsbehörde zu nennen: OLG Dresden, Beschl. v. 01.07.2015 – Az.: 14 W 531/15.
- Die Impressumspflicht gilt auch für "vergessene" oder "veraltete" Webseiten: LG Essen, Urt. v. 13.11.2014 – Az.: 4 O 97/14.
- Ein unzureichendes Webseiten-Impressum ist nicht immer und ausnahmslos ein abmahnfähiger Wettbewerbsverstoß. Im vorliegenden Fall stritten zwei eingetragene Vereine miteinander. Das Gericht verneinte u.a. deswegen eine Erheblichkeit, weil bei nicht wirtschaftlichen Vereinen die ideellen Zwecke im Vordergrund stünden. Die finanziellen Absichten seien allenfalls als Nebenaspekt berücksichtigungsfähig: LG Neuruppin, Beschl. v. 09.12.2014 – Az.: 5 O 199/14.
- Eine kostenpflichtige Mehrwertdienste-Rufnummer (hier: 2,99 EUR/Minute) im Impressum einer Internet-Präsenz erfüllt nicht die gesetzlichen Vorgaben des § 5 TMG und ist wettbewerbswidrig: OLG Frankfurt, Urt. v. 02.10.2014 – Az.: 6 U 219/13.
- Übt ein Unternehmer eine aufsichtspflichtige Tätigkeit aus, so muss im Impressum der Webseite die zuständige Aufsichtsbehörde angegeben werden: LG Leipzig, Urt. v. 12.06.2014 – Az.: 05 O 848/13.
- Das LG Stuttgart hat entschieden, dass das derzeitige Impressum bei dem Online-Netzwerk XING nicht rechtskonform ist und somit einen Wettbewerbsverstoß darstellt: LG Stuttgart, Urt. v. 27.07.2014 – Az.: 11 O 51/14.
- Ein fehlendes Impressum auf dem Online-Netzwerk XING ist kein spürbarer Wettbewerbsverstoß und kann daher auch nicht durch einen Mitbewerber verfolgt werden: LG Dortmund, Urt. v. 14.05.2014 – Az.: 5 O 107/14.
- Die Profil-Seite eines Rechtsanwalts auf dem Online-Netzwerk XING bedarf eines Impressums: LG München I, Urteil vom 03.06.2014 – Az.: 33 O 4149/14.

- Das massenweise Abmahnen von Impressums-Verstößen auf Facebook-Webseiten kann rechtsmissbräuchlich sein, wenn es sich um 200 Abmahnungen innerhalb weniger Tage handelt und das ausgelöste Kostenrisiko in keinem vertretbaren Verhältnis zur wirtschaftlichen Tätigkeit des Abmahnenden steht: OLG Nürnberg, Urteil vom 03.12.2013 - Az.: 3 U 348/13.
- Der Betreiber einer Facebook-Seite genügt nicht den impressumsrechtlichen Vorschriften, wenn er die Angaben unter dem Button "*Info*" platziert; Es ist eine eindeutigere Bezeichnung wie "*Kontakt*" oder "*Impressum*" zu wählen: OLG Düsseldorf, Urteil vom 13.08.2013 - Az.: I-20 U 75/13.
- Eine Online-Handelsplattform muss ihre Anmeldemasken verändern, damit Gewerbetreibende sich an die gesetzliche Impressumspflicht halten: OLG Düsseldorf, Urteil vom 18.06.2013 - Az.: i-20 U 145/12.
- Fehlerhafte Impressum-Angaben auf Profilen von Google+ stellen einen wettbewerbswidrigen Rechtsverstoß dar: LG Berlin Beschluss vom 28.03.2013 - Az.: 16 O 154/13.

2. Unzulässige Werbung

- E-Mails mit Fragen nach der Kundenzufriedenheit sind ohne ausdrückliche Einwilligung unerwünschte Werbung: OLG Dresden, Urt. v. 24.04.2016, Az. 14 U 1773/13
- Die Werbeaussage "*Dieses Produkt macht schlau*" ist irreführend, wenn es sich um ein herkömmliches Nahrungsergänzungsmittel handelt: KG Berlin, Urt. v. 10.07.2015 - 5 U 154/14.
- Wirbt ein Unternehmen mit unbegrenztem Datenvolumen im Mobilfunk-Bereich, ist es nicht zulässig, nach Erreichen einer bestimmten Grenze die Übertragungsgeschwindigkeit zu drosseln: LG Potsdam, Urt. v. 14.01.2016 – Az.: 2 O 148/14.
- Der unter anderem für das Wettbewerbsrecht zuständige I. Zivilsenat hat entschieden, dass die mithilfe der Funktion "Freunde finden" des Internet-Dienstes "Facebook" versendeten Einladungs-E-Mails an Personen, die nicht als "Facebook"-Mitglieder registriert sind, eine wettbewerbsrechtlich unzulässige belästigende Werbung darstellen. Der I. Zivilsenat hat weiter entschieden, dass "Facebook" im Rahmen des im November 2010 zur Verfügung gestellten Registrierungsvorgangs für die Funktion "Freunde finden" den Nutzer über Art und Umfang der Nutzung von ihm importierter Kontaktdaten irregeführt hat: BGH, Urteil vom 14. Januar 2016 - I ZR 65/14.
- Der Anbieter von "*welt.de*" hat gegen die Werbeblocker-Software *AdBlock* einen Anspruch auf Unterlassung: LG Frankfurt a.M., Beschl. v. 26.11.2015 – Az.: 3-06 O 105/15.

- Die Werbeaussage eines Telekommunikations-Unternehmens "*Bis zu 100 Mbit/s*" ist irreführend, wenn tatsächlich nur eine mittlere Übertragungsgeschwindigkeit von 45 Mbit/s erreicht wird: OLG Frankfurt a.M., Urt. v. 07.05.2015 – Az.: 6 U 79/14.
- Bei der Online-Werbung von PKW sind die Angaben über den Kraftstoffverbrauch und die CO₂-Emissionen spätestens in dem Augenblick einzublenden, in dem erstmalig Angaben zur Motorisierung des Fahrzeuges gemacht werden: OLG Düsseldorf, Urt. v. 30.04.2015 – Az.: I-15 U 66/14.
- Ein Sternchen-Hinweis, der weitere wichtige Informationen enthält, muss im Rahmen einer Werbung in unmittelbarer räumlicher Nähe platziert sein, ein bloßer Verweis auf eine Internet-Seite ist nicht ausreichend: OLG Karlsruhe, Urt. v. 17.07.2015 – Az.: 4 U 49/15.
- Wird ein Produkt mittels Abbildungen in einem Online-Shop beworben, so müssen grundsätzlich die abgebildeten Inhalte im Lieferumfang mit enthalten sein, andernfalls liegt eine wettbewerbswidrige Irreführung vor: LG Arnsberg, Urt. v. 16.07.2015 – Az.: I-8 O 47/15.
- Der 6. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Oldenburg hat es einem Händler aus Oldenburg gestattet, mit einem im Internet veröffentlichten Testergebnis zu werben. Damit ist eine Entscheidung des Landgerichts Oldenburg geändert worden: OLG Oldenburg, Urteil vom 31. Juli 2015, Az.: 6 U 64/15
- Die Ärzte-Bewertungsplattform *Jameda.de*. muss gekaufte Top-Platzierungen als Werbung kennzeichnen, andernfalls liegt ein Wettbewerbsverstoß vor: LG München I, Urt. v. 18.03.2015 – Az.: 37 O 19570/14.
- Die Frage nach einem Reiseschutz bei Online-Flugbuchungen ist dann nicht wettbewerbswidrig, wenn sie mittels wählbarem Opt-In durchgeführt wird: OLG Frankfurt a.M., Urt. v. 09.04.2015 – Az.: 6 U 33/14.
- In einer aktuellen Entscheidung hat der BGH klargestellt, dass eine bloße Verlinkung auf ein rechtswidriges Internet-Angebot für die Annahme eines eigenen Wettbewerbsverstoßes ausreichen kann: Urt. v. 11.12.2014 – Az.: I ZR 113/13.
- Ein Online-Shop, der aus Polen importierten Digital-Kameras deutschsprachige Bedienungsanleitung nur digital (hier: auf CD-ROM) beifügt, verhält sich rechtmäßig und begeht keinen Wettbewerbsverstoß: LG Potsdam, Urt. v. 26.06.2014 – Az.: 2 O 188/13.
- Die Bezeichnung eines Ferienhauses als "Resort" ist eine irreführender Wettbewerbsverstoß, da der Verbraucher eine touristische Ferienanlage erwartet, die über die bloße Unterkunft hinaus weitere Angebote beinhaltet: OLG Düsseldorf, Urt. v. 04.12.2014 – Az.: I-2 U 30/14.
- Eine Autoreply-E-Mail, die u.a. Werbung enthält, ist juristisch nicht als unverlangt zugesandte Werbung einzuordnen: LG Stuttgart, Urt. v. 04.02.2015 – Az.: 4 S 165/14.

- Wirbt ein Unternehmen bei eBay für ein Kfz-Artikel mit dem Hinweis "*Nicht im Geltungsbereich der StVZO zugelassen*", schließt dies die Wettbewerbswidrigkeit nicht aus: LG Mönchengladbach, Ur. v. 03.11.2014 – Az.: 8 O 37/14.
- Die Werbung mit der Aussage "*geprüftes eBay-Mitglied*" ist wettbewerbswidrig, da dieser Status von eBay inzwischen wieder abgeschafft wurde: LG Essen, Ur. v. 04.07.2014 – Az.: 45 O 8/14.
- In einem weiteren Urteil hat das LG Köln entschieden, dass Amazon für fehlerhafte UVP-Preise in seinen Angeboten haftet. Der Online-Riese kann sich nicht mit dem Argument verteidigen, es handle sich um bloße Ausreißer: LG Köln Ur. v. 02.10.2014 – Az.: 81 O 74/14.
- Macht ein Betroffener Ansprüche wegen unerlaubter E-Mail-Werbung geltend, muss er nachweisen, dass er auch Inhaber des betreffenden E-Mail-Accounts ist: LG Ulm, Beschl. v. 09.10.2014 – Az.: 1 S 74/14.
- Die Online-Werbung mit einer veralteten Unverbindlichen Preisempfehlung (UVP) führt den Verbraucher in die Irre und ist somit wettbewerbswidrig: LG Wuppertal, Ur. v. 24.02.2014 – Az.: 12 O 43/10.
- Die Werbung eines Online-Shops mit einer "Best Price"-Garantie ist irreführend, wenn der Verkäufer nicht in der vorderen Preisgruppe der Anbieter (Spitzenstellung) zu finden ist: LG Coburg, Ur. v. 13.03.2014 – Az.: 1 HK O 53/13.
- Das LG Köln hat entschieden, dass die Online-Dating-Plattform *Flirtcafe.de* nicht mit der Aussage "*Jetzt kostenlos anmelden*" werben darf, wenn das ursprünglich kostenfreie Abo sich nach einem bestimmten Zeitablauf in ein kostenpflichtiges verwandelt: Ur. v. 19.08.2014 – Az.: 33 O 245/13.
- Die Werbung von *Kabel Deutschland* für eine Internet-Flatrate ist irreführend, wenn die Übertragungsgeschwindigkeit nach Verbrauch eines bestimmten Datenvolumens für Filesharing-Anwendungen auf eine niedrige Geschwindigkeit gedrosselt wird: LG München I, Ur. v. 25.06.2014 – Az.: 37 O 1267/14.
- Die Werbung "*Ihr Paket oder Päckchen ist gegen Transportschäden oder Verlust versichert!*" im Online-Handel ist wettbewerbswidrig, wenn der Verkäufer keine zusätzliche Transportversicherung abgeschlossen hat: LG Frankenthal, Urteil vom 12.04.2013 - Az.: 1 HK 13/12.
- Die Deutsche Telekom darf bei Internet-Tarifen im Festnetz-Bereich, bei denen sie mit dem Begriff "*Flatrate*" wirbt, bei Erreichen eines bestimmten Traffics nicht drosseln: LG Köln, Urteil vom 30.10.2013 - Az.: 26 O 211/13.
- Ein zivilrechtlicher Unterlassungsanspruch wegen unerlaubter E-Mail-Werbung bezieht nur auf die im Tenor enthaltenen Adressen und ist kein allgemeiner Anspruch: OLG Frankfurt a.M., Urteil vom 30.09.2013 - Az.: 1 U 314/12.

- Die Möglichkeit, Dritten eine kurze E-Mail mit Hinweis auf die Homepage und einer Weiterempfehlung senden zu können, ist als unerlaubte Werbung einzustufen: BGH Urteil vom 12.09.2013 - Az.: I ZR 208/12.
- Findet sich auf einer Webseite der Hinweis "Anzeige", so ist dieser ausreichend, um den Vorwurf der wettbewerbswidrigen Schleichwerbung zu entkräften: OLG Köln, Urteil vom 09.08.2013 - Az.: 6 U 3/13.
- Die Verwendung von fremden Markennamen im Meta-Tags kann eine irreführende Werbung darstellen: EuGH, Urteil vom 11.07.2013 - Az.: 6-657/11.
- Google AdWords-Anzeigen können mangels Platz zwar nicht alle Pflichtangaben des Heilmittelwerberechts enthalten, müssen jedoch mit einem deutlich erkennbaren Link zu den Pflichtangaben versehen sein: BGH, Urteil vom 06.06.2013 - Az.: I ZR 2/12.
- Eine Unterlassungserklärung, die sich auf die unerlaubte Zusendung von Briefpost-Werbung bezieht, gilt nicht für Fälle unverlangt zugesandter E-Mails: LG Heidelberg, Urteil vom 28.03.2013 – Az.: 3 O 183/12.
- „Versicherter Versand“ und „Echtheit der Ware“ bei Online-Verbraucherkauf irreführend: LG Frankfurt a.M., Urteil vom 08.11.2012, Az.: 2-03 O 205/12.
- „Voraussichtliche Versanddauer 1-3 Werktage“ bei Online-Shops wettbewerbswidrig: OLG Bremen, Urteil vom 05.10.2012, Az.: 2 U 49/12.

3. Wettbewerbswidrige Online-Angebote

- Das Setzen eines Links kann eine geschäftliche Handlung darstellen, ohne dass dadurch eine wettbewerbsrechtliche Haftung desjenigen begründet wird, der den Link gesetzt hat. Der Unternehmer, der einen Hyperlink setzt, ist bei einem Hinweis auf Rechtsverletzungen auf der verlinkten Internetseite allerdings zur Prüfung verpflichtet, ohne dass es darauf ankommt, ob es sich um eine klare Rechtsverletzung handelt: BGH, Urt. v. 18.06.2015 - I ZR 74/14.
- Das Angebot und der Vertrieb einer Werbeblocker-Software („AdBlocker“) stellen weder eine wettbewerbswidrige Behinderung noch eine Urheberrechtsverletzung noch einen Kartellrechtsverstoß dar: LG Hamburg, Urt. v. 21.04.2015 - 416 HKO 159/14; LG München I, Urt. v. 27.05.2015 – 37 O 11673/14 sowie 37 O 11843/14; LG Köln, Urt. v. 29.09.2015 - 22 O 132/14; a.A. LG Frankfurt, Beschl. v. 26.11.2015 – 3-06 O 105/15.
- Das LG Arnsberg hat entschieden, dass die Klausel *"Inhalt des Onlineangebotes: Der Autor übernimmt keinerlei Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen."* in einem Online-Shop wettbewerbswidrig ist: LG Arnsberg, Urt. v. 03.09.2015 – Az.: I-8 O 63/15.

- Der 1. Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg hat entschieden, dass das Verbot der Smartphone-Apps UberPOP und UberBlack oder vergleichbarer Apps zur gewerblichen Vermittlung von Personenförderungen im Land Berlin weiterhin Bestand hat. Damit hat es eine Eilentscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin (VG 11 L 353.14 Berlin) bestätigt: OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 10. April 2015 – Az.: OVG 1 S 96.14.
- Ein Unternehmen, das erfährt, dass es fehlerhaft in Online-Telefonverzeichnisse eingetragen wurde, muss aktiv werden und auf Korrektur der Einträge drängen. Ansonsten verhält es sich wettbewerbswidrig: OLG Köln, Urt. v. 12.12.2014 – Az.: 6 U 101/14.
- Der u.a. für das Wettbewerbsrecht zuständige I. Zivilsenat hat entschieden, dass die Betreiberin eines Hotelbewertungsportals nicht wegen Verstoßes gegen § 4 Nr. 8 UWG* oder § 3 Abs. 1 UWG** auf Unterlassung unwahrer Tatsachenbehauptungen eines Nutzers auf ihrem Portal haftet: BGH, Urt. v. 19.03.2015 – Az.: I ZR 94/13.
- Ein Webseiten-Betreiber, der eine entsprechende Unterlassungserklärung abgibt, muss dafür sorgen, dass seine zu unterlassenden Handlungen auch nicht mehr im *Google Cache* angezeigt werden: OLG Celle, Urt. v. 29.01.2015 – Az.: 13 U 58/14.
- Ein Online-Shop muss es nicht hinnehmen, dass auf seiner Webseite ungewollt Einblendungen von Preisvergleichen durch den Anbieter einer Antiviren-Software erfolgen: LG Hamburg, Urt. v. 28.01.2015 – Az.: 416 HKO 163/14.
- Die AGB-Klausel "*Es gilt deutsches Recht*" in einem Online-Shop verstößt gegen geltendes Recht und ist damit wettbewerbswidrig. Das LG Oldenburg sah hierin einen Verstoß gegen geltendes AGB-Recht, da die Bestimmung den Verbraucher aus dem Ausland benachteilige. So würde versucht, die zwingenden Vorschriften des ausländischen Verbraucherrechts zu umgehen, was jedoch unzulässig sei: OLG Oldenburg, Beschl. v. 23.09.2014 – Az.: 6 U 113/14.
- Das OLG Köln hat erneut entschieden, dass der Amazon-Händler für fehlerhafte UVP-Preise von Amazon haftet, auch wenn er auf die Informationen keinerlei Einwirkungsmöglichkeit hat: OLG Köln, Urt. v. 28.05.2014 – Az.: 6 U 178/13.
- Wird ein Angebot nicht unerheblich in den Leistungen eingeschränkt, muss dies bereits in den Informationen im Rahmen des Online-Banners mitgeteilt werden: OLG Düsseldorf, Urt. v. 29.08.2014 – Az.: I-20 U 175/13.
- Im Rahmen eines aktuellen Ordnungsmittelbeschlusses hat das AG Hamburg noch einmal klargestellt, dass das Single-Opt-In-Verfahren (Anmeldung für einen E-maildienst lediglich über Eingabe der eigenen Email-Adresse auf Website) nicht ausreichend ist, um rechtsmissbräuchliche Anmeldungen von Dritten auf einem Online-Portal auszuschließen: AG Hamburg, Beschl. v. 05.05.2014 – Az.: 5 C 78/12.
- Dem Online-Riesen *Amazon* wurde gerichtlich verboten, Verbrauchern Textilerzeugnisse gewerblich anzubieten, ohne Angaben über die verwendeten Fasern zu machen. Zusätzlich

wurde er zur Anzeige von Grundpreisangaben verpflichtet: LG Köln, Urt. v. 06.11.2014 – Az.: 31 O 512/13.

- Ein Amazon-Marketplace-Händler haftet für von Amazon begangene Wettbewerbsverstöße: OLG Köln, Beschl. v. 23.09.2014 – Az.: 6 U 115/14.
- Das US-Startup Uber bleibt im Bundesland Berlin weiterhin verboten: VG Berlin, Beschl. v. 26.09.14 – VG 11 L 353.14)
- Google darf User, die an die E-Mail-Adresse "*support-de@google.com*" schreiben, nicht einfach auf ihre Hilfeseiten und Kontaktformulare verweisen und jede weitere Kommunikation per E-Mail verweigern: LG Berlin, Urt. v. 28.08.2014 – Az.: 52 O 135/13.
- Die auf dem Portal *partnersuche.de* bestehende Pflicht für Kunden, die Entgelte 1 Jahr im Voraus zu bezahlen, ist wettbewerbswidrig: OLG Dresden, Urt. v. 19.08.2014 – Az.: 14 U 603/14.
- Vereint ein Unternehmen in einem einzigen Dokument unterschiedliche Widerrufsbelehrungen für verschiedene Vertragstypen, so ist dies wettbewerbsrechtlich nicht zu beanstanden, wenn die einzelnen Belehrungen klar und deutlich voneinander getrennt sind und der Verbraucher leicht erkennen kann, welche Erklärung für ihn gilt: OLG Stuttgart, Urt. v. 24.04.2014 – Az.: 2 U 98/13).
- Ein wettbewerbsrechtlicher Unterlassungsanspruch besteht auch dann, wenn der Online-Shop eines Konkurrenten derzeit nicht aktiv ist: OLG Frankfurt a.M., Urt. v. 03.07.2014 – Az.: 6 U 240/13.
- Der Messenger-Dienst *WhatsApp* muss seine Allgemeinen Geschäftsbedingungen (auch) in deutscher Sprache anbieten: LG Berlin, Urteil vom 09.05.2014 – Az.: 15 O 44/13.
- Wettbewerbswidrig handelt, wer als Webseitenbetreiber bei der Erhebung von lediglich pseudonymisierten Daten nicht auf die Widerspruchsmöglichkeit hinweist: LG Frankfurt a.M., Urteil vom. 18.02.2014 – Az.: 3-10 O 86/12.
- Wer bewusst eine „Tippfehler-Domain“ registriert hat und nicht unübersehbar darauf hinweist, dass möglicherweise die falsche Seite aufgerufen wurde, verstößt unter dem Gesichtspunkt des Abfangens von Kunden gegen das Verbot unlauterer Behinderung gemäß § 4 Nr. 10 UWG. Ein Anspruch auf Löschung besteht jedoch nicht ohne Weiteres, da auch eine zulässige Nutzung der Domain denkbar ist: BGH, Urteil vom 22.01.2014 – Az.: I ZR 164/12.
- Der Hinweis auf eine veraltete Gesetzesnorm in einer fernabsatzrechtlichen Widerrufsbelehrung begründet nicht immer einen abmahnfähigen Wettbewerbsverstoß: OLG Brandenburg, Urteil vom 08.10.2013 - Az.: 6 U 97/13.
- Nicht jede Weiterleitung von einer gerichtlich verbotenen Domain auf eine gänzlich andere

stellt einen Verstoß gegen die Untersagung dar: OLG Frankfurt a.M., Beschluss vom 05.08.2013 - Az.: 6 W 67/13.

- Die Beschriftung des Bestellbuttons mit "*Jetzt verbindlich anmelden! (zahlungspflichtiger Reisevertrag)*" erfüllt nicht die gesetzlichen Anforderungen der Button-Lösung des § 312g III BGB und ist somit wettbewerbswidrig: LG Berlin, Urteil vom 17.7.2013 - Az.: 97 O 5/13.
- Der Vorschlag, wechselseitig auf die Abgabe von wettbewerbsrechtlichen Unterlassungserklärungen zu verzichten, ist nicht rechtmisbräuchlich, wenn es sich um eine pragmatische Lösung mit dem Ziel ein beiderseitiges künftiges wettbewerbskonformes Verhalten zu erreichen handelt: OLG Bremen, Beschluss vom 01.07.2013 - Az.: 2 U 44/13.
- Es liegt kein Wettbewerbsverstoß vor, wenn eine Anwaltskanzlei, die zahlreiche Abgemahnte in P2P-Filesharing-Sachen vertritt, gegenüber den abmahnenden Rechteinhaberin unwahre Tatsachen aufstellt: BGH, Urteil vom 10.01.2013 - Az.: I ZR 190/11.

IV. Internet & Haftung

- Wer seinen Facebook-Account nicht ausreichend gegen Missbrauch durch Dritte schützt, muss sich deren Handlungen zurechnen lassen: OLG Frankfurt am Main, Urt. v. 21.07.2016, Az. 16 U 233/15.
- Der Betreiber eines kostenlosen, öffentlichen WLAN ist nicht verantwortlich für Urheberrechtsverletzungen, kann sich aber einem Unterlassungsanspruch in Hinblick auf Sicherung des Netzwerks ausgesetzt sehen: EuGH, Urt. v. 15.09.2016, Az. C-484/14
- Der Betreiber eines Online-Forums, in dem Dritte rechtswidrige Äußerungen veröffentlichen, ist grundsätzlich weder zur Unterlassung noch zur Auskunft über die Dritten verpflichtet. Er genügt vielmehr seinen Sorgfaltspflichten, wenn er nach Kenntnis die Inhalte sofort löscht: OLG Frankfurt a.M., Urt. v. 10.12.2015 - 6 U 244/14.
- Die Haftung von Webseiten- und Portalbetreibern für (beleidigende) Nutzerkommentare ist immer Einzelfallentscheidung: EGMR, Urt. v. 02.02.2016 – 22947/13.
- Wer die Funktion "*Teilen*" bei Facebook benutzt, macht sich fremde, rechtswidrige Inhalte dadurch nicht zu eigen und haftet daher auch nicht: OLG Frankfurt a.M., Urt. v. 26.11.2015 – Az.: 16 U 64/15.
- Der Betreiber eines Online-Forums, in dem Dritte rechtswidrige Äußerungen veröffentlichen, ist grundsätzlich weder zur Unterlassung noch zur Auskunft über die Dritten verpflichtet. Er genügt vielmehr seinen Sorgfaltspflichten, wenn er nach Kenntnis die Inhalte sofort löscht: OLG Frankfurt a.M., Urt. v. 10.12.2015 – Az.: 6 U 244/14.
- Das Land Niedersachsen haftet für die Online-Urheberrechtsverletzungen eines Lehrers:

OLG Celle, Beschl. v. 09.11.2015 – Az.: 13 U 95/15.

- Ein Domain-Registrar haftet für die rechtswidrigen Erklärungen von Drittpersonen auf den von ihm gehosteten Domains: LG Köln, Urt. v. 13.05.2015 – Az.: 28 O 11/15.
- Ein Webhoster, der für einen Kunden einen BitTorrent-Tracker hostet, ist gegenüber dem betreffenden Rechteinhaber zur Auskunft (Nennung des Kunden) verpflichtet: LG Hamburg, Beschl. v. 12.01.2015 – Az.: 310 O 11/15.
- Rassistische Äußerungen über WhatsApp rechtfertigen Entlassung eines Polizeischülers: VG Aachen, Pressemitteilung vom 30.05.2015 – Az.: 1 K 2241/14.
- Einem Schuldner, dem bestimmte Internet-Äußerungen verboten werden, trifft keine Verpflichtung, sämtliche Dritte zu informieren und diese aufzufordern, seine Erklärungen nicht mehr weiter zu verbreiten: OLG Hamburg, Beschl. v. 18.02.2015 – Az.: 7 W 24/15.
- Der Betreiber eines freien WLAN haftet lediglich wie ein Access-Provider und kann sich damit auf umfangreiche Haftungs-Privilegien berufen: AG Berlin, Beschl. v. 17.12.2014 – Az.: 217 C 121/14.
- Kündigt ein Mobilfunk-Anbieter einem Kunden wegen Nichtzahlung den Flatrate-Tarif, so kann das Telekommunikations-Unternehmen nicht sämtliche ausstehenden Grundgebühren-Entgelte ersetzt verlangen, sondern muss sich mindestens 50% als ersparte Aufwendungen anrechnen lassen: AG Tempelhof-Kreuzberg, Urt. v. 04.12.2014 – Az.: 23 C 120/14.
- *Google Deutschland* ist nicht haftbar für rechtswidrige Suchergebnisse auf *google.de*. Vielmehr ist die Muttergesellschaft, die *Google Inc.* in den USA, hierfür verantwortlich: LG Berlin, Urt. v. 21.08.2014 – Az.: 27 O 293/14.
- Für geklaute Online-Fotos aus dem Food-Style-Bereich ist ein Schadensersatz von bis 350,- EUR und ein 100% Verletzerzuschlag gerechtfertigt: AG Düsseldorf, Urt. v. 02.10.2014 – Az.: 57 C 4668/14.
- Ein Sharehoster haftet auch dann für fremde Urheberrechtsverletzungen, wenn er keine positive Kenntnis von den Verstößen hat, jedoch die Zuwiderhandlungen hätte kennen müssen: LG Hamburg, Urt. v. 02.10.2014 – Az.: 310 O 464/13.
- Das OLG Hamburg hat entschieden, dass ein Seitenbetreiber, der fremde Suchmaschinen-Ergebnisse mit eigenen Überschriften/Hinweisen versieht, sich nicht auf die Haftungs-Privilegierung für Suchmaschinen berufen kann: OLG Hamburg, Beschl. v. 18.09.2014 – Az.: 7 W 88/14.
- Für einen *"Man-in-the-middle"*-Angriff beim Online-Banking, durch den unberechtigte Überweisungen vorgenommen werden, haftet der Konto-Inhaber: LG Darmstadt, Urt. v. 28.08.2014 – Az.: 28 O 36/14.

- Nimmt ein Telekommunikations-Anbieter trotz entsprechender Beanstandungen keine technische Überprüfung vor, steht ihm kein Entgelt-Anspruch aus dem Zustandekommen von Internetverbindungen zu: LG Bonn, Urt. v. 12.03.2014 – Az.: 5 S 180/13.
- Eine bloße Linksetzung auf die Webseite eines Dritten, auf der wettbewerbswidrige Inhalte zum Abruf bereitgehalten werden, löst noch keine zivilrechtliche Haftung des Verlinkenden aus: OLG Köln, Urt. v. 19.02.2014 – Az.: 6 U 49/13.
- Der Inhaber einer geschäftlichen E-Mail-Adresse ist verpflichtet, täglich seinen Spam-Ordner zu kontrollieren, um versehentlich als Werbung aussortierte wichtige Nachrichten zurück zu holen: LG Bonn, Urteil vom 10.01.2014 – Az.: 15 O 189/13.
- Für eine unberechtigte Online-Nutzung eines Stadtplanes besteht ein Anspruch auf Schadensersatz iHv. 1.620,- EUR: LG München I, Urteil vom 04.06.2014 – Az.: 21 S 25169/11.
- Gibt der Schuldner eine Unterlassungserklärung ab, die sich auf von ihm bewirkte Einträge in Online-Verzeichnisse bezieht, muss er diese Portale aktiv anschreiben und zur Löschung auffordern. Er ist verpflichtet nachzuprüfen, ob die Webseiten seiner Aufforderung nachgekommen sind: OLG Düsseldorf, Urt. vom 17.12.2013 – Az.: I-20 U 52/13.
- Veröffentlicht ein Mitarbeiter eines Krankenhauses unerlaubt Fotografien eines Patienten in einem sozialen Netzwerk, kann dies zur außerordentlichen Kündigung des Arbeitsverhältnisses führen. Ob stattdessen eine Abmahnung oder eine ordentliche Kündigung zu erfolgen hat, bestimmt sich nach den Umständen des Einzelfalls: LAG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 11.04.2014 – Az.: 17 Sa 2200/13.
- Der Inhaber eines Internetanschlusses haftet nicht für das Verhalten eines volljährigen Familienangehörigen, wenn er keine Anhaltspunkte dafür hatte, dass dieser den Internetanschluss für illegales Filesharing missbraucht: BGH, Urteil vom 08.01.2014 – Az.: I ZR 169/12.
- Unternehmen haften für wettbewerbswidrige Facebook-Äußerungen der Mitarbeiter, auch wenn diese privat getätigt werden: LG Freiburg, Urteil vom 04.11.2013 - Az.: 12 O 83/13.
- Wikipedia ist als Host-Provider einzustufen und haftet für rechtswidrige Einträge von Nutzern erst ab Kenntnis: OLG Stuttgart, Urteil vom 02.10.2013 - Az.: 4 U 78/13.
- Bei .EU-Domains besteht ausnahmsweise ein Anspruch auf Domain-Übertragung und nicht nur auf Domain-Löschung, da es keine Dispute-Möglichkeit gibt: LG Stuttgart, Urteil vom 26.09.2013 - Az.: 17 O 1069/12.
- Google ist nicht zur Entfernung von Suchergebnissen aus dem Index, die auf rechtswidrige Seiten verlinken, verpflichtet: LG Mönchengladbach, Urteil vom 05.09.2013 - Az.: 10 O 170/12.
- Ein Provider kann auf Schadensersatz haften, wenn eine E-Mail nicht übermittelt wird: OLG

Naumburg, Urteil vom 11.07.2013 - Az.: 2 U 4/13.

- Eine Personensuchmaschine haftet für die angezeigten Inhalte wie z.B. Bilder von Dritt-Webseiten erst ab Kenntnis: LG Köln, Urteil vom 26.06.2013 - Az.: 28 O 80/12.
- Merchant haftet nicht für Spam-Mails seines Affiliates (auf Provisionsbasis tätiger Vertriebspartner): LG Stuttgart, Urteil vom 29.05.2013 - Az.: 12 S 200/12.
- Google haftet ab Kenntnis für rechtswidrige Autocomplete-Vorschläge der Suchmaske: BGH, Urteil vom 14.05.2013 – VI ZR 269/12.
- Access-Provider kann nicht zur Speicherung von IP-Adressen verpflichtet werden: OLG Düsseldorf, Beschlüsse vom 07.03.2013 - Az.: I-20 W 118/12, I-20 W 121/12, I-20 W 123/12, I-20 W 124/12, I-20 W 126/12, I-20 W 128/12, I-20 W 142/12, I-20 W 143/12, I-20 W 162/12.
- Ein Telekommunikations-Anbieter, der einen urheberrechtlichen Auskunftsanspruch (§ 101 UrhG) falsch beauskunftet, macht sich gegenüber dem betroffenen Anschlussinhaber schadensersatzpflichtig: AG Celle, Urteil vom 30.01.2013 - Az.: 14 C 1662/12.
- Admin-C haftet nicht schon allein aufgrund seiner Stellung: BGH, Urteil vom 13.12.2012, Az.: I ZR 150/11.
- 20€ Schadensersatz bei der unberechtigten Online-Nutzung von privaten Fotos bei eBay-Versteigerung: LG Düsseldorf, Urteil vom 24.10.2012, Az.: 23 S 66/12.
- Doppelter Schadensersatz bei der unberechtigten Online-Nutzung von Fotos möglich: LG Düsseldorf, Urteil vom 24.10.2012, Az.: 23 S 386/11.
- Haftung für Einbindung von Youtube Videos: LG HH, Urteil vom 18.05.2012, Az.: 324 O 596/11.
- Reichweite der Haftung für eigenen Internetanschluss: OLG Köln, Urteil vom 16.05.2012, Az.: I-6 U 239/11.
- Google haftet nicht für Autocomplete-Vorschläge, da keine eigenständige Meinung: OLG Köln, Urteil vom 10.05.2012, Az.: I-15 U 199/11.
- Haftung für RRS-Feeds: BGH, Urteil vom 27.03.2012, Az.: VI ZR 144/11.
- Keine Filterpflichten für Provider: EuGH, Urteil vom 16.02.2012, Az.: C-360/10.
- Haftung der DENIC: BGH, Urteil vom 27.10.2011, Az.: I ZR 131/10.
- Haftung des Hostproviders bei Verletzung zumutbarer Prüfpflichten: BGH, Urteil vom 25.10.2011, Az.: VI ZR 93/10.
- Verantwortlichkeit von Betreibern eines Internet-Marktplatzes für Markenrechtsverletzungen: EuGH, Urteil vom 12.07.2011, Az.: C-324/09 und BGH, Urteil vom

22.07.2010, Az.: I ZR 139/08.

- Haftung für Links auch bei Twitter unter der Voraussetzung des "sich zu eigen machen": LG Frankfurt, Urteil vom 20.04.2010, Az.: 3.08 O 46/10.

V. Persönlichkeitsrechte

- Auch das Benutzen von beleidigenden Emojis auf Facebook kann eine fristlose Kündigung rechtfertigen: LArbG BW, Urt. v. 22.06.2016, Az. 4 Sa 5/16
- Der Überflug eines fremden Grundstücks mit einer Kamera-Drohne löst aufgrund einer Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts einen Unterlassungsanspruch aus: AG Potsdam, Urt. v. 16.04.2015 - 37 C 454/13.
- Eltern haben einen Anspruch auf Zugang zum Facebook-Konto ihres verstorbenen Kindes: LG Berlin, Urt. v. 17.12.2015 – 20 O 172/15.
- Automatisch generierte Bestätigungs-E-Mails, die sowohl eine Eingangsbestätigung in Bezug auf zuvor gesendete Nachrichten als auch Werbung enthalten, stellen einen rechtswidrigen Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht des Betroffenen dar, wenn dieser dem Erhalt von Werbung zuvor ausdrücklich widersprochen hat: BGH, Urt. v. 15.12.2015 - VI ZR 134/15.
- Als eines der ersten deutschen Gerichte hat das LG Berlin entschieden, dass die Erben einen Anspruch auf Zugang zum *Facebook*-Account des Verstorbenen haben: LG Berlin, Urt. v. 17.12.2015 – Az.: 20 O 172/15.
- Das OLG Hamburg ist der Ansicht, dass ein Webseiten-Betreiber, der ältere Nachrichten in einem Online-Archiv bereithält, diese so modifizieren muss, dass Suchmaschinen diese nur noch begrenzt auffinden: OLG Hamburg, Urt. v. 07.07.2015 – Az.: 7 U 29/12.
- Das Ärzte-Bewertungsportal *Jameda.de* ist nicht nur ab Kenntnis zur Löschung unwahrer Tatsachenbehauptungen verpflichtet. In den Fällen, in den für die getroffene Bewertung des Arztes keinerlei tatsächliche Anknüpfungspunkte bestehen, müssen zusätzlich auch schlechte Benotungen entfernt werden: OLG München, Beschl. v. 17.10.2014 – Az.: 18 W 1993/14.
- Es liegt dann keine strafbare Verletzung des Rechts am eigenen Bild vor, wenn das Bild einer Politikerin (hier: FDP-Spitzenkandidatin Bezirk Hamm) unerlaubt für eine Foto-Montage verwendet wird, da es sich um eine Person der Zeitgeschichte handelt: LG Dortmund, Beschl.v. 20.04.2015 – Az.: 34 Qs 79/14.
- Die Äußerung eines Politikers im Wahlkampf via Twitter *"Ab sofort empfehle ich, nicht mehr zum Friseur ...in #... zugehen. Inhaber ist ein #AFD ler. Man weiß nie, wo die Schere ansetzt."* über einen AfD-Politiker ist kein unzulässiger Boykottaufruf, sondern vom Grundrecht auf

freie Meinungsäußerung gedeckt: OLG Dresden, Urt. v. 05.05.2015 – Az.: 4 U 1676/14.

- Ein Schüler, der unerlaubt Passwörter an Mitschüler weitergibt, kann zeitweilig vom Unterricht ausgeschlossen werden: VG Stuttgart, Beschl. v. 16.03.2015 – Az.: 12 K 1320/15.
- Eine Hostess, die auf einer Prominentenparty im Auftrag einer Promotion-Agentur Aktionsware verteilt, willigt konkludent in die Veröffentlichung von Fotos auf einem Eventportal ein: BGH, Urt. v. 11.11.2014 – Az.: VI ZR 9/14.
- Ein Geschädigter, über den auf anonymen Webseiten rechtswidrige Äußerungen aufgestellt werden, hat keinen Anspruch gegen die Bezirksregierung Düsseldorf, dass diese entsprechende Sperrungsverfügungen gegen Access-Provider erlässt, um den Zugang zu den anonymen Seiten zu unterbinden: VG Düsseldorf, Urt. v. 24.06.2014 – Az.: 27 K 7499/13.
- *Google* ist ab Kenntnis verantwortlich für rechtswidrige Suchmaschinen-Snippets. Der Kläger monierte mehrere persönlichkeitsrechtsverletzende Inhalte, die auf Webseiten Dritter wiedergegeben waren und die *Google* zum Teil als Suchmaschinen-Snippet anzeigte: LG Hamburg, Urt. v. 07.11.2014 – Az.: 324 O 660/12.
- Ein Unternehmer muss grundsätzlich auch eine kritische, ihn persönlich identifizierende Berichterstattung auf einer Webseite hinnehmen. Die Grenze ist jedoch dort erreicht, wo es sich um unzulässige Schmähkritik oder unwahre Tatsachenbehauptung handelt: LG Berlin, Urt. v. 21.11.2014 – Az.: 27 O 423/13.
- Facebook darf vorerst auch weiter Nutzer sperren, die keinen Klarnamen angeben: OVG Schleswig, Beschlüsse vom 22.04.2013, Az.: 4 MB 10/13 und 11/13.
- Die Artikel 29-Datenschutzgruppe fordert in einer aktuellen Stellungnahme, dass das "Recht auf Vergessen", das der EuGH vor kurzem (Urt. v. 13.05.2014 - Az.: C-131/12) festgestellt hat, weltweit gilt und den Suchmaschinenbetreiber *Google* damit aufgefordert, die Links nicht nur in Europa zu löschen.
- Ein Domain-Registar, der bei Persönlichkeitsverletzungen, die ein Kunde auf den bei ihm registrierten Domains begeht, ab Kenntnis nicht aktiv wird und notfalls die Domain deaktiviert, haftet als Mitstörer: KG Berlin, Beschl. v. 10.07.2014 – Az.: 10 W 142/13.
- Werden Intimfotos von Personen (Sexting) unerlaubt per WhatsApp weitergegeben, handelt es sich um eine schwerwiegende Persönlichkeitsverletzung, die ein Schmerzensgeld begründet: LG Frankfurt a.M., Urt. v. 20.05.2014 – Az.: 2-03 O 189/13.
- Der BGH hat den Anspruch eines Arztes auf Löschung aus einem Online-Ärztewertungsportal abgelehnt, da das Recht des Arztes auf informationelle Selbstbestimmung das Recht des Portalbetreibers auf Kommunikationsfreiheit nicht überwiege: BGH, Urt. v. 23.09.14 – VI ZR 358/13.
- Ein Unternehmer hat keinen Anspruch gegen das Bewertungsportal *Yelp*, dass "*nicht*

empfohlene Beiträge" in anderer Weise angezeigt werden. Insbesondere besteht keine Pflicht für *Yelp*, diese Bewertungen als "*empfohlene Beiträge*" anzeigen zu müssen: LG Berlin, Urt. v. 27.03.2014 – Az.: 27 O 748/13.

- Keine behördliche Internet-Veröffentlichung von Hygienemängeln in einer Gaststätte: OVG Koblenz, Beschluss vom 13. Februar 2013, Az.: 6 B 10035/13.
- Die Online-Veröffentlichung von Fotos eines rechtsradikalen Demo-Teilnehmers begründet keinen Anspruch auf Schmerzensgeld: AG Friedberg, Urt. 06.08.2014 – Az.: 2 C 1141/13 (11).
- Ehrverletzende Äußerungen auf der Online-Plattform *Facebook* können grundsätzlich auch in verdeckter Form geschehen. Es ist nicht erforderlich, dass der Betroffene ausdrücklich namentlich benannt wird: AG Bad Segeberg: Beschluss vom 10.04.2014 – Az.: 17a C 49/14.
- Intimfotos: Die Einwilligung in die Anfertigung von Intimfotos schließt den Widerruf des Einverständnisses für die Zukunft nicht aus. Liegen z.B. veränderte Umstände vor (Ende einer Liebesbeziehung), kann das Recht auf Kunstfreiheit und Eigentum hinter dem Persönlichkeitsrecht der Abgebildeten zurücktreten, mit der Folge, dass die Löschung der elektronischen Vervielfältigungsstücke verlangt werden kann. OLG Koblenz, Urteil vom 20.05.2014 – Az.: 3 U 1288/13.
- Google muss auf Verlangen Bilder, die rechtswidrig die Intimsphäre des Betroffenen verletzen, aus der Bildersuche entfernen: LG Hamburg, Urteil vom 24.01.14 - Az.: 324 O 264/11.
- Die Bezeichnung einer anderen Person als „durchgeknallte Frau“ kann je nach Kontext als ehrverletzend qualifiziert werden und damit nicht mehr von der Meinungsfreiheit gedeckt sein. BVerfG, Beschluss vom 11.12.2013 - 1 BvR 194/13.
- Dem Betroffenen einer identifizierenden Berichterstattung steht kein Löschungsanspruch gegen den Betreiber der Internetplattform YouTube zu, wenn das öffentliche Informationsinteresse an einem Verkehrsunfall mit fahrlässiger Tötung überwiegt: OLG Hamm, Beschlüsse vom 07.08.2013 und 23.09.2013 – Az. 3 U 71/13.
- Die Verurteilung eines Online-News-Portal für rechtswidrige User-Kommentare ab Kenntnis ist mit der Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar: EGMR, Urteil vom 10.10.2013 – Az.: 64569/09.
- Der Ausdruck "*Hühnerstall*" für ein Hotel auf einem Online-Bewertungsportal ist eine zulässige Meinungsäußerung: OLG München, Urteil vom 11.09.2013 - Az.: 4 U 88/13.
- Einer Person, die den Vornamen *Mauricius* hat, steht kein Anspruch auf die Domain "*mauricius.de*" zu, da sich der Schutz des § 12 BGB nicht allein auf den Vornamen stützen kann: OLG München, Urteil vom 04.07.2013 - Az.: 29 U 5038/12.
- Ein Betroffener, über den unwahre Tatsachenbehauptungen verbreitet werden, hat keinen

Auskunftsanspruch gegen den Betreiber einer Online-Bewertungsplattform: LG München I, Urteil vom 03.07.2013 - Az.: 25 O 23782/12.

- Auch wenn geschäftliche Mails mit einem Vertraulichkeitsdisclaimer versehen sind, stellt eine Veröffentlichung keine Unternehmenspersönlichkeitsrechtsverletzung dar. Dem Disclaimer komme keine rechtliche Relevanz zu. Es handle sich um eine einseitige Erklärung, die keine rechtlichen Verpflichtungen des Empfängers begründen könne: OLG Saarbrücken, Urteil vom 13.06.2012 - Az.: 5 U 5/12.
- Die Domain „Aserbaidsh.de“ verletzt die Namensrechte der Republik Aserbaidsh und ist unzulässig; KG Berlin, Urteil vom 07.06.2013, Az.: 5 U 110/12.
- Die Äußerung "1 von 5: Miserabler Service von X Computersysteme, Kundenfreundlich ist anders!" auf Amazon.de ist eine zulässige Kundenbewertung; LG Köln, Urteil vom 08.05.2013 - Az.: 28 O 452/12.
- Die Bewertungsplattform HolidayCheck.com haftet nicht für unwahre Tatsachenbehauptungen, die ein User im Rahmen einer Bewertung abgibt; KG Berlin, Urteil vom 16.04.2013 - Az.: 5 U 63/12.
- Ein Autor, dessen Namen ungefragt im Impressum einer Fachzeitschrift erscheint, hat einen Anspruch auf Unterlassung und Schadensersatz; LG Düsseldorf, Urteil vom 10.04.2013 - Az.: 2a O 235/12.
- Ein Verein hat keinen Anspruch, dass ein Internet-Portal die Veröffentlichung von Hunde-Ahnentafeln mit dem Namen des jeweiligen Züchters unterlässt; LG Düsseldorf, Urteil vom 22.03.2013 - Az.: 13 O 351/12.
- BGH zur Zulässigkeit von Online-Berichterstattung über laufende Strafverfahren: BGH, Urteil vom 19.03.2013 – Az.: VI ZR 93/12.
- Bei amtlichen Betriebskontrollen festgestellten lebensmittel- bzw. hygienerechtlichen Mängel dürfen nicht im Internet veröffentlicht werden; VGH München, Beschlüsse vom 18.03.2013 - Az.: 9 CE 12.2755 u.a.
- Das Veröffentlichen privater Nachrichten auf Facebook stellt eine Persönlichkeitsrechtsverletzung dar, wenn kein berechtigtes Interesse der Allgemeinheit vorliegt; OLG Hamburg, Beschluss vom 04.02.2013 - Az.: 7 W 5/13.
- Bezeichnung anderer als „rechtsradikal“ in einem Internetforum ist zulässige Meinungsäußerung; BVerfG, Beschluss vom 17.09.2012, Az.: BvR 2979/10.
- Zur Zulässigkeit von Bewertungsportalen: OLG Hamburg, Urteil vom 18.01.2012, Az.: 5 U 51/11.

VI. Verfahrensrecht

- Das sog. Safe-Harbor-Abkommen zwischen der EU-Kommission und den USA ist ungültig: EuGH, Urt. v. 06.10.2015 – C-362/14.
- In einer aktuellen Entscheidung hat das OLG Hamburg noch einmal klargestellt, dass es grundsätzlich einer vorherigen wettbewerbsrechtlichen Abmahnung bedarf, um der Kostenlast des sofortigen Anerkenntnisses zu entgehen: OLG Hamburg, Beschl. v. 08.07.2015 – Az.: 3 W 74/15.
- Für Klagen auf Zahlung von Abmahnkosten, die auf der wettbewerbswidrigen Verwendung einer Widerrufsbelehrung beruhen, sind ausschließlich die Landgerichte zuständig: OLG Hamm, Urt. v. 26.06.2015 – Az.: 32 SA 29/15.
- Das OLG Düsseldorf hat noch einmal klargestellt, dass grundsätzlich der Beklagte die Darlegungs- und Beweislast für die Voraussetzungen eines Missbrauch im Wettbewerbsrecht trägt: OLG Düsseldorf: Urt. v. 24.03.2015 – Az.: I-U 20 187/14.
- Wartet der Gläubiger bei Sachverhalten, die leicht ermittelbar sind (hier: Feststellung einer Domain-Inhaberschaft), 5 Wochen ab, um einen Anspruch im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes durchzusetzen, führt dies zum Ausschluss der Eilbedürftigkeit: OLG Hamburg, Beschl. v. 10.11.2014 – Az.: 5 U 159/13.
- Bei einem täterschaftlichen Upload eines Filmwerkes in einer Tauschbörse ist ein Streitwert von 10.000,- EUR angemessen: AG Hamburg, Urt. v. 06.01.2015 – Az.: 20a C 395/14.
- Bei P2P-Urheberrechts-Prozessen führen Datenschutzverstöße zu einem Beweisverwertungsverbot: AG Koblenz, Beschl. v. 02.01.2014 – Az.: 153 C 3184/14.
- Wer eine andere Person wegen einer unerlaubten E-Mail-Werbung abmahnt, muss nachweisen, dass er auch Inhaber des betreffenden E-Mail-Accounts ist. Macht er lediglich pauschale oder allgemeine Ausführungen ohne ein konkretes Beweisangebot, so ist der Anspruch abzulehnen: OLG Hamm, Beschl. v. 09.12.2014 – Az.: 9 U 73/14.
- Das OLG Köln hat in einer aktuellen Entscheidung noch einmal seine bisherige Praxis bestätigt, dass bei einem Online-Fotoklau durch einen Unternehmer ein Streitwert von 6.000,- EUR pro Bildübernahme angemessen ist: OLG Köln, Beschl. v. 25.08.2014 – 6 W 123/14.
- Der Nachweis eines Double Opt-In im Rahmen einer E-Mail-Marketing-Kampagne kann nur durch eine schriftliche Dokumentation erfolgen. Ein Zeuge, der lediglich allgemein den technischen Ablauf beschreiben kann, ohne die näheren Daten des Einzelfalls zu kennen, ist hingegen nicht ausreichend: AG Düsseldorf, Urteil vom 09.04.2014 – Az.: 23 C 3876/13.
- Die Abschaffung des fliegenden Gerichtsstandes bei Peer-to-Peer-Urheberrechtsverletzungen („Filesharing“) gilt auch für das einstweilige

Verfügungsverfahren: OLG Hamburg, Beschluss vom 14.11.2013 – Az.: 5 W 121/13.

- In Fällen von Online-Fotoklau sind die Werte der MFM-Tabelle grundsätzlich für die Errechnung des Schadensersatzes anwendbar, bei nicht professionellen Fotografen ist jedoch ein angemessener Abschlag abzuziehen: OLG Hamm, Urteil vom 13.02.2014 – Az.: 22 U 98/13.
- Auch wenn eine Unterlassungserklärung abgegeben wird, ohne zu erklären, dass dies ohne Anerkennung einer Rechtspflicht geschieht, stellt dies noch kein Anerkenntnis dar: BGH Urteil vom 24.09.2013 - Az.: I ZR 219/12.
- Kommt es zum Streit mit einem Unternehmen, das mit der Erstellung einer Website beauftragt wurde, so ist das Gericht zuständig, an dem das Unternehmen seinen Sitz hat: LG Bochum, Beschluss vom 16.09.2013 - Az.: I-5 O 89/13.
- Bei geklauten Fotos zu privaten Zwecken im Online-Bereich ist zur Bestimmung des Streitwertes das 10-fache des Lizenzschadens anzusetzen: OLG Brandenburg, Beschluss vom 22.8.2013 – Az.: 6 W 31/13.
- Verstößt der Schuldner gegen eine abgegebene Unterlassungserklärung und begeht damit einen 2. Rechtsverstoß in der gleichen Sache, ist es nicht ausreichend, wenn er eine Unterlassungserklärung nach Hamburger Brauch abgibt: LG Köln, Urteil vom 11.07.2013 - Az.: 14 O 61/13.
- Werden trotz Abgabe einer strafbewehrten Unterlassungserklärung nicht die rechtswidrigen Bilder aus mehreren abgelaufenen eBay-Auktionen gelöscht, so handelt es sich dabei dennoch um ein einheitliches Tatgeschehen, so dass die Vertragsstrafe nur einmal anfällt: OLG Frankfurt a.M., Beschluss vom 10.07.2013 - Az.: 11 U 28/12.
- Wer zu Unrecht wettbewerbsrechtlich abgemahnt worden ist, ist nicht verpflichtet, den Abmahner über den Irrtum außergerichtlich zu informieren: LG Münster, Urteil vom 26.06.2013 - Az.: 26 O 76/12.
- Der Anspruch, Zugang zu bestimmten Admin-Daten einer Homepage zu erhalten, kann auch im Wege der einstweiligen Verfügung geltend gemacht werden: LG Wiesbaden, Beschluss vom 29.05.2013 - Az.: 2 O 128/13.
- Wer sich die Vorteile des fliegenden Gerichtsstands zunutze macht, hat keinen Anspruch auf Erstattung der entstandenen Reisekosten: LG München, Beschluss vom 22.03.2013 – Az.: 13 T 20183/12.
- Streitwert bei geklauten Produkt-Fotos im Online-Bereich: OLG Nürnberg, Beschluss vom 04.02.2013, Az.: 3 W 81/13.
- Streitwert bei P2P-Urheberrechtsverletzung bei 2.500,- EUR pro Musikstück: OLG Düsseldorf, Beschluss vom 04.02.2013, Az.: I-20 W 68/11.

- Fliegender Gerichtsstand kann rechtmisbräuchlich sein: LG Aurich, Beschluss vom 22.01.2013 – Az.: 6 O 38/13 (5).
- Einstweilige Verfügung ist bei Urheberrechtsverletzungen auch dann möglich, wenn der Rechtsverstoß beseitigt ist: LG Berlin, Beschluss vom 06.12.2012, Az.: 15 O 458/12.
- Vorbehaltlose Abgabe einer Unterlassungserklärung ist kein Anerkenntnis hinsichtlich Abmahnkosten: OLG Celle, Urteil vom 15.11.2012, Az.: 13 U 57/12.
- Streitwert bei geklauten Lichtbildern auf eBay bei 900€: OLG Hamm, Beschluss vom 13.09.2012, Az.: I-22 W 58/12.
- Internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte bei Persönlichkeits-rechtsverletzungen im Internet: BGH, Urteil vom 08.05.2012, Az.: VI ZR 217/08.
- Beweisverwertung von Screenshots einer Skype Kommunikation: LG Hamburg, Beschluss vom 13.09.2010, Az.: 608 Qs 17 /10.

VII. Urheberrecht

1. Urheberrechtliche Ansprüche

- Hyperlinking kann bei Gewinnerzielungsabsicht eine öffentliche Wiedergabe und damit eine Urheberrechtsverletzung i.S.d. Art. 3 Abs. 1 RL 2001/29/EG darstellen: EuGH, Ur. v. 08.09.2016, Az. C-160/15
- Keine Lizenzpflicht von YouTube an GEMA für von Nutzern hochgeladene Inhalte, da YouTube ein technischer Dienstleister ist, der nicht für eventuelle Urheberrechtsverstöße von Nutzern haftbar zu machen ist: OLG München, Ur. v. 28.01.2016 - 29 U 2798/15.
- *BILD* hat durch eine Auch wenn der Beklagte nicht Kunde bei einem Netzbetreiber ist, sondern bei einem Reseller, muss sich der urheberrechtliche Gestattungsanspruch nach § 101 Abs.9 UrhG nicht auf den Reseller beziehen. Es reicht vielmehr der Auskunftsanspruch gegenüber dem Netzbetreiber aus: LG Berlin, Ur. v. 03.11.2015 – Az.: 15 S 5/15.
- einstweilige Verfügung dem Hersteller von *Adblocker Plus* verbieten lassen, die von *BILD* eingeführten Anti-Werbe-Sperren zu umgehen: LG Hamburg, Beschl. v. 22.10.2015 – Az.: 308 O 375/15.
- Fotos, die ein User auf Facebook von sich veröffentlicht und die für die Allgemeinheit zugänglich sind, darf ein Dritter grundsätzlich zum privaten Gebrauch kopieren. Eine (Weiter-) Veröffentlichung dieser Werke ist jedoch nur mit Zustimmung erlaubt: LAG Köln, Ur. v. 19.01.2015 – Az.: 2 Sa 861/13.
- Eine Vertragsstrafe von 500,- EUR bei Bootleg-CD-Urheberrechtsverletzungen genügt nicht,

um die Wiederholungsgefahr auszuschließen: LG Hamburg, Beschl. v. 07.04.2015 – Az.: 308 O 135/15.

- Ein Foto, das bei direkter Eingabe des URL-Pfades aufrufbar ist, begründet einen Verstoß gegen die abgegebene urheberrechtliche Unterlassungserklärung: AG Hannover, Urt. v. 26.02.2015 – Az.: 522 C 9466/14.
- Eine fahrlässige Verletzung von Urheberrechten bei der Online-Nutzung eines Fotos liegt immer dann vor, wenn der betroffene Homepage-Betreiber sich nicht vor Verwendung ausreichend über die Rechteinhaberschaft informiert: LG Potsdam, Urt. v. 26.11.2014 – Az.: 2 O 211/14.
- Das OLG München hat in einer aktuellen Entscheidung darauf hingewiesen, dass strenge Sorgfalts-Maßstäbe bei Benutzung fremder Bilder im Online-Bereich gelten: OLG München, Beschl. v. 15.01.2015 – Az.: 29 W 2554/14.
- Wer urheberrechtlich geschützte Rechts-News online übernimmt, macht sich unterlassungs- und schadensersatzpflichtig. Pro Online-Textklau ist - basierend auf den Tarifen des Deutschen Journalisten-Verbandes - ein Betrag in Höhe von 200,- EUR angemessen: AG Hamburg, Urt. v. 23.01.2015 – Az.: 35a C 46/14.
- Gibt ein Schuldner, der ungefragt online ein Bild übernommen hatte, eine strafbewehrte Unterlassungserklärung ab, muss er sicherstellen, dass vor Abgabe seiner Erklärung bei eBay die abgelaufenen Auktionen gelöscht werden: BGH, Urt. v. 18.09.2014 – Az.: I ZR 76/13.
- Schließt der Schuldner, der eine Urheberrechtsverletzung begangen hat, nachträglich einen befristeten Lizenzvertrag ab, so lässt dies nicht die Wiederholungsgefahr für den begangenen urheberrechtlichen Verstoß entfallen: OLG München, Urt. v. 24.07.2014 – Az.: 29 U 1173/14.
- Wer Ansprüche wegen der Verletzung von Fotos im Online-Bereich geltend macht, muss nachweisen, dass er Inhaber der ausschließlichen Nutzungsrechte hat: LG Köln, Urt. v. 15.05.2014 – Az.: 14 O 287/13.
- Übernimmt eine Person ungefragt fremde Fotos und gibt darüber hinaus nicht den Namen des Fotografen an, hat der Rechteinhaber neben dem Schadensersatz einen Anspruch auf einen 100% Verletzerzuschlag wegen Nichtnennung: AG München, Urt. v. 22.08.2014 – Az.: 142 C 12802/14.
- Die Einräumung einer "nicht kommerziellen" Nutzung auf Basis der Creative Commons (CC) erlaubt unter Umständen auch die Nutzung in einem geschäftlichen Umfeld: OLG Köln, Urt. v. 31.10.2014 – Az.: 6 U 60/14.
- Ein Registrar haftet ab Kenntnis für Domains, auf denen der Zugang zu urheberrechtswidrigen BitTorrent-Dateien vermittelt wird: OLG Saarbrücken, Urt. v. 22.10.2014 – Az.: 1 U 25/14.

- Wer fremde Fotos online auf seiner Webseite benutzen will, muss sich vorab umfassend über die Rechteinhaberschaft bei dem entsprechenden Bild erkundigen. Erfolgt dies nicht, liegt ein fahrlässiges Handeln vor, das einen Schadensersatzanspruch begründet: (AG München, Urt. v. 28.05.2014 – Az.: 42 C 29213/13.
- Die Pflicht, den Urheber eines Fotos auf einer Webseite zu benennen, kann auch in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Rechteinhabers geregelt werden: AG Kassel, Urt. v. 17.06.2014 – Az.: 310 C 3000/13.
- Ein kommerzieller eBook-Verkäufer haftet erst ab Kenntnis für die urheberrechtswidrigen Inhalte des eBook: AG Hamburg, Beschl. v. 22.09.2014 – Az.: 46a C 98/14.
- Der Streitwert für einen Unterlassungsanspruch hinsichtlich des Anbietens eines urheberrechtswidrigen Bootleg-Albuns [nicht autorisierte Tonaufzeichnungen, die über illegal hergestellte Tonträger geschieht; Anm. d. Red.] bei eBay ist mit einem Streitwert von 5.000,- EUR zu bemessen: OLG Celle, Beschluss vom 11.06.2014 – Az.: 13 W 40/14.
- Das LG Köln hat entschieden, dass für geklaute Online-Fotos ein Schadensersatz iHv. 120,- EUR anzusetzen ist. Der Beklagte hatte die Produktfotografie für seinen kommerziellen eBay-Verkauf verwendet: LG Köln, Urteil vom 27.05.2014 – Az.: 14 S 38/13.
- Der Cache, den der Browser beim Betrachten einer Webseite auf der lokalen Festplatte des Users anlegt, stellt eine urheberrechtmäßige Handlung dar; hierbei handelt es sich um keine Vervielfältigung im juristischen Sinne, die einer gesonderten Zustimmungshandlung bedürfte: EuGH, Urteil vom 05.06.2014 – Az.: C-360/13.
- Access-Provider können dazu verpflichtet werden, für Nutzer Seiten zu sperren, die massiv Urheberrechte verletzen: EuGH, Urteil vom 27.03.2014 – Az.: C-314/12. Für durch Urheberrechtsverletzung erlangte Gebrauchsvorteile gilt nicht die übliche dreijährige, sondern vielmehr eine zehnjährige Verjährungsfrist: BGH, Urt. v. 15.01.2015 – Az.: I ZR 148/13.
- Ein Geschäftsführer haftet auch der nach geänderten BGH-Rechtsprechung zur Geschäftsführer-Verantwortlichkeit weiterhin für Urheberrechtsverletzungen im Online-Bereich: OLG Köln, Urt. v. 05.12.2014 – Az.: 6 U 57/14.
- Das Leistungsschutzrecht aus § 72 Abs. 1 UrhG und dieses umfasst auch das Recht zur Verwertung der Einzelbilder in Form des Films: BGH Urteil vom 22.01.2014 – Az.: I ZR 86/12.
- Bei unberechtigten Online-Nutzungen von Fotos ein Schadensersatz i.H.v. 100,- EUR pro Bild zzgl. einem Aufschlag von 50% wegen fehlender Urheberbenennung berechtigt: OLG München, Urteil vom 05.12.2013 - Az.: 6 U 1448/13.
- Die Deckelung auf 100,- EUR Abmahnkosten nach § 97 a Abs.2 UrhG a.F. gilt nicht, wenn bei eBay privat urheberrechtswidrige Bildtonträger angeboten werden: LG Hamburg, Urteil vom 19.12.2013 - Az.: 310 S 6/13.

- Amazon haftet für Urheberrechtsverletzungen Dritter in eBooks erst ab Kenntnis: OLG München, Urteil vom 24.10.2013 - Az.: 29 U 885/13.
- Der Admin-C einer Domain haftet erst ab Kenntnis für etwaige auf der Domain begangene Urheberrechtsverletzungen: OLG Frankfurt a.M., Beschluss vom 21.10.2013 - Az.: 11 W 39/13.
- Bei einer Gestattungsanordnung für einen urheberrechtlichen Internetauskunftsanspruch ist keine absolute Sicherheit über die tatsächlichen Vorgänge erforderlich, es reicht vielmehr aus, wenn *"ein für das praktische Leben brauchbarer Grad von Gewissheit vorliege, der vernünftige Zweifel ausschließt"*: OLG Köln, Beschluss vom 07.10.2013 - Az.: 6 W 84/13.
- Werden einem Unternehmen die Rechte an der deutschsprachigen Fassung eines Filmwerkes eingeräumt, hat es nicht daneben das Recht, auch die Verletzung der russischsprachigen Version zu verfolgen: OLG Köln, Beschluss vom 23.09.2013 - Az.: 6 W 254/12.
- Wenn ein Webseiten-Betreiber fremde Inhalte selbst online stellt, haftet er für etwaige Urheberrechtsverstöße in den Dokumenten und kann sich nicht auf die Haftungsprivilegierung für fremde Inhalte berufen: BGH, Urteil vom 04.07.2013 - Az.: I ZR 39/12.
- Der Streitwert für das private Einstellen einer urheberrechtswidrigen Bootleg-DVD (nicht autorisierte Tonaufzeichnungen und Mitschnitte, die zumeist bei Konzerten entstanden sind, und deren Verbreitung über illegal hergestellte Tonträger geschieht) auf eBay ist mit 10.000,- EUR zu bemessen: OLG Hamburg, Beschl. v. 30.10.2014 – Az.: 5 W 118/13.
- Das OLG Hamburg hat entschieden, dass bei Online-Urheberrechtsverletzungen eine Unterlassungserklärung mit Potestativbedingung ungenügend ist: OLG Hamburg, (Beschl. v. 16.10.2014 – Az.: 5 U 39/13).
- Die Abschaffung des fliegenden Gerichtsstandes im Urheberrecht, die durch das Gesetz gegen unseriöse Geschäftspraktiken im Oktober 2013 in Kraft getreten ist, ist auf Altfälle nicht anwendbar: OLG Hamburg, Beschluss vom 03.01.2013 - Az.: 5 W 93/13.
- Die Abschaffung des fliegenden Gerichtsstandes im Urheberrecht gilt nicht für Altfälle: LG Hamburg; Urteil vom 13.12.2013 - Az.: 308 S 25/13.
- Ein Gericht, in dessen Bezirk das Angebot einer CD im Internet zugänglich ist, kann über die Verletzung von in seinem Mitgliedstaat geschützten Urhebervermögensrechten entscheiden, wobei die Zuständigkeit ist jedoch auf den Schaden begrenzt ist, der im Hoheitsgebiet dieses
- Mitgliedstaats entstanden ist: EuGH Urteil vom 3.10.2013 - C-170/12 Pinckney / KDG Mediatech AG.
- Wer Musik-CDs, die für den amerikanischen Markt vorgesehen sind, nach Deutschland

importiert, begeht eine Urheberrechtsverletzung, selbst wenn er die Ware lediglich als Amazon-Verkäufer vertreibt: LG Hamburg, Urteil vom 18.06.2013 - Az.: 310 O 182/12.

- Ein Host-Provider, der trotz mehrfacher Löschungsaufforderungen urheberrechtlich geschützte Dateien nicht entfernt, haftet im Zweifel nicht nur als Störer für die fremde Rechtsverletzung, sondern sogar als Gehilfe: OLG Hamburg, Beschluss vom 13.05.2013 - Az.: 5 W 41/13.
- Eine Software darf es nicht ermöglichen, geschützte Videos von einem Online-Portal herunterzuladen, wenn diese durch spezielle Mechanismen vor Speicherung geschützt sind: LG Hamburg, Beschluss vom 25.04.2013 - Az.: 310 O 144/13.
- Nutzungsrechte an digitalen Downloads (z.B. E-Books oder Hörbüchern) können vom Anbieter eingeschränkt werden: LG Bielefeld, Urteil vom 05.03.2013 - Az.: 4 O 191/11
- Bei Online-Urheberrechtsverletzungen ist eine Unterlassungserklärung mit Potestativbedingung nicht ausreichend: LG Hamburg, Urteil vom 29.01.2013, Az.: 310 O 321/12.
- Unterlassungserklärung, die sich nur auf die Täterschaft und Teilnahme einer Urheberrechtsverletzung bezieht, schließt die Wiederholungsgefahr für die Fälle der Störerhaftung nicht aus: LG Hamburg, Beschluss vom 11.01.2013, Az.: 308 O 442/11.
- Amazon-Händler haften für urheberrechtswidrige Produktbilder Dritter: LG Köln, Hinweisbeschluss vom 16.11.2012, Az.: 28 O 814/11.
- Bei der Verpflichtung zur Auskunft über Urheberrechtsverletzungen bei Fotos ist nur ausnahmsweise das Berufen auf die Unmöglichkeit der Auskunftserteilung zulässig: OLG Celle, Beschluss vom 31.10.2012, Az.: 13 W 87/12.
- Auskunftsanspruch gem. § 101 II UrhG gegen den Provider besteht auch wenn das geschützte Recht nicht in gewerblichem Ausmaß verletzt ist (Filesharing-Urteil): BGH, Pressemitteilung Nr. 126/2012 - Entscheidung vom 10.08.2012.
- Störerhaftung von Youtube: LG HH, Urteil vom 20.04.2012, Az.: 310 O 461/10.
- Zur Verletzung von Titelschutzrechten: BGH, Urteil vom 22.03.2012, Az.: I ZR 102/10.
- Störerhaftung für ein schlecht gesichertes WLAN "Sommer unseres Lebens": BGH, Urteil vom 12.05.2010, Az.: I ZR 121/08.
- Störerhaftung durch das Einbinden von Newsfeed einer Zeitung auf eigener Internetseite: LG Berlin, Urteil vom 24.04.2010, Az.: 27 O 190/10.
- Einbinden externer Dateien in eine Website als Zugänglichmachung i.S.d. § 19a UrhG (sog. Framing): LG München, Urteil vom 10.01.2007, Az.: 21 O 20018/05.

- Linklisten als Datenbanken i.S.v. § 87a UrhG: LG Köln, Urteil vom 25.08.1999, Az.: 28 527/98.

2. Schutzrechte

- Die Übernahme von Teilen eines Exklusivinterviews durch einen Konkurrenz-Sender in Fernsehsendungen ist nicht per se unzulässig: BGH, Urt. v. 17.12.2015 - I ZR 69/14.
- Das Hochladen fremder Fotos in die eigene Internet-Cloud ist keine Urheberrechtsverletzung, da es an einer Veröffentlichungs- und Verbreitungshandlung fehlt: LG Heidelberg, Urt. v. 02.12.2015 – Az.: 1 O 54/15.
- Der unter anderem für das Markenrecht zuständige I. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat entschieden, dass Apps für mobile Endgeräte wie Smartphones grundsätzlich Werktitelschutz genießen können: BGH, Urteil vom 28. Januar 2015 - I ZR 202/14.
- Das Angebot der Tagesschau-App ist lediglich eine mobile Übertragungsform des Online-Angebots tagesschau.de, mit diesem inhaltlich deckungsgleich und stellt daher keinen Verstoß gegen Vorschriften des Rundfunkstaatsvertrags dar: OLG Köln am 20.12.2013.
- Das Anbieten von Open Source-Software, die unter den Bedingungen der GNU General Public License (GPL) vertrieben wird, ist dann urheberrechtswidrig, wenn nicht zugleich der Quellcode und Lizenztext mitgeliefert wird: LG Leipzig, Beschl. v. 02.06.2015 – Az.: 05 O 1531/15.
- Der Einsatz des Share Buttons von Facebook bedeutet nicht, dass der Verwender Dritten konkludente Nutzungsrechte an den jeweiligen Texten einräumt. Es sei zwar möglich, dass auch durch konkludente Handlungen Nutzungsmöglichkeiten erlaubt würden. Dies sei im vorliegenden Fall zu verneinen, denn der Einsatz des Share Buttons berechtere gerade nicht, den vollständigen Artikel zu verwenden. Vielmehr sei es üblich, dass lediglich ein kurzer Teaser mit einem Link angezeigt werde. Allenfalls hierfür seien Rechte übertragen worden: LG Frankfurt a.M., Urt. v. 17.07.2014 – Az.: 2-03 S 2/14.
- Die Übernahme wesentliche Teile einer Datenbank verletzt die Rechte des jeweiligen Inhabers und ist urheberrechtswidrig: LG Hamburg, Beschl. v. 15.06.2015 – Az.: 308 O 215/15.
- Bei (Online-)Urheberrechtsverletzungen gilt ein erhöhter Sorgfaltsmaßstab, so noch einmal aktuell das LG Düsseldorf: Urt. v. 03.06.2015 – Az.: 12 O 211/14.
- Bereits die bloße Präsentation eines Produktes in einem Online-Shop kann das urheberrechtlich geschützte Verbreitungsrecht des jeweiligen Rechteinhabers verletzen: EuGH, Urt. v. 13.05.2015 – Az.: C-516/13.
- Die Werbung eines Unternehmens auf *Facebook* für Produkte, die in dem Online-Shop der Firma gar nicht vorhanden sind, ist irreführend und somit wettbewerbswidrig: LG Leipzig, Beschl. v. 06.10.2014 – Az.: 05 O 2484/14.

- Ein Hinweis auf den Urheber mittels Mouseover bei Online-Fotos ist nicht ausreichend: AG Düsseldorf, Urt. v. 03.09.2014 – Az.: 57 C 5593/14.
- Die Einräumung von Rechten für eine „nicht kommerzielle“ Fotonutzung im Rahmen der Creative-Commons-Lizenzen erlaubt nur eine rein private, nicht dagegen eine öffentlich-rechtliche Verwendung: LG Köln, Urteil vom 05.03.2014 – Az.: 28 O 232/13.
- Die stillschweigende Einräumung eines Nutzungsrechtes an einem Foto kommt in Betracht, wenn die Verwendung des Fotos auch in der "E-Paper"-Ausgabe der Tageszeitung im Zeitpunkt der Zurverfügungstellung branchenüblich war: OLG Zweibrücken, Urt. v. 03.04.2014 – Az.: 4 U 208/12.
- Das OLG Düsseldorf hat noch einmal bestätigt, dass auch Produktbeschreibungen auf Webseiten urheberrechtlich geschützt sein können, wenn sie über die urheberrechtliche Schöpfungshöhe verfügen: OLG Düsseldorf, Urt. v. 06.05.2014 – Az.: 12 O 422/11.
- Das Streaming eines illegal veröffentlichten Films ist nach Ansicht des AG Hannover erlaubt: AG Hannover, Urt. v. 27.05.2014 – Az.: 550 C 13749/13.
- Der BGH hat in einer aktuellen Entscheidung noch einmal bekräftigt, dass auch (Online-) Stadtpläne urheberrechtlich geschützt sind: BGH, Beschluss vom 26.02.2014 – Az.: I ZR 121/13.
- Das wiederkehrende Motiv eines Fotografen - sog. "*ready-mades*" (z.B. in Form einer roten Couch) - ist nicht automatisch urheberrechtlich geschützt: LG Köln, Urteil vom 12.12.2013 – Az.: 14 O 613/12.
- Der isolierte Verkauf von Produktschlüsseln für Computerspiele (Keyselling) verletzt den Rechteinhaber in seinem urheberrechtlichen Vervielfältigungsrecht: LG Berlin, Urteil vom 11.03.2014 – Az.: 16 O 73/13.
- Wer ein Foto bei Amazon einstellt, erteilt zwar nach Ansicht des LG Stuttgart grundsätzlich allen anderen Amazon-Händlern ein einfaches Nutzungsrecht, nicht erfasst sind davon jedoch gewichtige Veränderungen des Bildes: LG Stuttgart, Urteil vom 25.02.2014 – Az.: 17 S 4/13.
- Im Hochladen von Produktbildern auf Amazon durch Händler ist eine stillschweigende Einwilligung in die Nutzung durch andere Händler zu sehen: LG Köln, Urteil vom 13.02.2014 – Az.: 14 O 184/13.
- Es liegt keine Urheberrechtsverletzung vor, wenn ohne Erlaubnis des Rechteinhabers im Internet per Link auf ein frei zugängliches Werk verwiesen wird. Das gilt auch dann, wenn die Nutzer den Eindruck haben, dass das Werk auf der Seite erscheint, die den Link enthält: EUGH, Urteil vom 13.02.2014 – Az.: C-466/12.
- Nach Ansicht des LG Köln reicht es für die Kennzeichnung des Urhebers nicht aus, dass ein

entsprechender Hinweis unter dem Bild zu finden ist, wenn dieser beim Abruf des Bildes unter der direkten Bild-URL nicht erkennbar ist: LG Köln, Urteil vom 30.01.2014 - Az.: 14 O 427/13.

- Das Zeigen von Filmausschnitten in YouTube-Videos vom urheberrechtlichen Zitatrecht gedeckt sein, wenn zwischen den Filmausschnitten und dem Inhalt des YouTube-Videos eine innere Verbindung mit den eigenen Gedanken hergestellt wird: OLG Köln, Urteil vom 13.12.2013 - Az.: 6 U 114/13.
- Universitäten dürfen den Teilnehmern einer Lehrveranstaltung nur dann Teile eines urheberrechtlich geschützten Werkes auf einer elektronischen Lernplattform zur Verfügung stellen, wenn diese Teile höchstens 12% des Gesamtwerks und nicht mehr als 100 Seiten ausmachen und der Rechtsinhaber der Universität keine angemessene Lizenz für die Nutzung angeboten hat: BGH Urteil vom 28. November 2013 - I ZR 76/12 - Meilensteine der Psychologie.
- An den Urheberrechtsschutz von Werken der angewandten Kunst sind grundsätzlich keine höheren Anforderungen zu stellen, als an den von Werken der zweckfreien Kunst: BGH, Urteil vom 13.11.2013 - I ZR 143/12 – Geburtstagszug.
- Buch.de verletzt mit der Übernahme von Zitaten auf FAZ-Rezensionen das Urheberrecht, da auch Ausschnitte grundsätzlich schutzfähig sind und mangels eigenem Werk kein Zitatweck gegeben ist: LG München I, Urteil vom 24.07.2013 – Az.: 21 O 7543/12.
- "Pippi Langstrumpf" genießt als Sprachwerk Urheberrechtsschutz im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 UrhG, ihr Outfit alleine jedoch nicht: BGH Urteil vom 17.07.2013 – Az.: I ZR 52/12.
- Die Einräumung von einfachen Nutzungsrechten an Fotos für einen „Internetauftritt“ erlaubt im Zweifel die Nutzung auf zwei Domains: AG Düsseldorf, Urteil vom 09.07.2013 - Az.: 57 C 14411/12.
- Die für einen urheberrechtlichen Schutz von Gebäuden nötige Schöpfungshöhe kann erreicht sein, wenn das Gebäude durch Proportionen, Größe, Einbindung in das Gelände, die Umgebungsbebauung oder die konsequente Durchführung eines Motives geprägt seien. Gestaltungen, die dagegen lediglich Gebrauchszwecken dienen, sind nicht tauglich: OLG Karlsruhe Urteil vom 03.06.2013 - Az.: 6 U 72/12.
- Pornofilme sind dann urheberrechtlich nicht geschützt, wenn sie lediglich sexuelle Vorgänge in primitiver Weise zeigen: LG München, Beschluss vom 29.05.2013 - Az.: 7 O 22293/12.
- Interview-Fragen können urheberrechtlichen Schutz genießen: LG Hamburg, Beschluss vom 08.11.2012, Az.: 308 O 388/12

3. Filesharing

- Filesharing ist schon beim Austausch von Dateifragmenten gegeben: OLG Köln, Beschl. v. 20.04.2016, Az. 6 W 37/16
- Eltern haften für P2P-Urheberrechtsdelikte, wenn sie nicht Namen ihrer Kinder mitteilen: OLG München, Pressemitteilung des OLG München v. 14.01.2016
- Ein Sharehoster (hier: *Uploaded.net*) haftet ab Kenntnis für die Rechtsverletzungen seiner User. Eine Haftung tritt nur dann nicht, wenn der Sharehoster alles Mögliche und Zumutbare unternimmt, um zukünftige Verstöße zu unterbinden. Dazu gehört es u.a., User, die in der Vergangenheit Urheberrechtsverletzungen begangen haben, zu sperren und deren Account zu deaktivieren: OLG Dresden, Beschl. v. 08.06.2015 – Az.: 14 W 312/15.
- Der Inhaber eines Telefonanschlusses haftet für P2P-Urheberrechtsverletzungen durch Dritte, wenn er erwachsenen Dritten den Zugang ohne vorherige Belehrung zur Verfügung stellt : LG Hamburg, Urt. v. 20.03.2015 – Az.: 310 S 23/14.
- Dateifragmente eines Filmes in einer P2P-Tauschbörse sind keine Urheberrechtsverletzung, da es sich um kein vollständiges, lauffähiges Werk handelt: LG Frankenthal, Urt. v. 30.09.2014 – Az.: 6 O 518/13.
- Der Inhaber von P2P-Nutzungsrechten an einem Musikstück kann keine Rechte an einem Musikstück in einem Computerspiel verfolgen, wenn das Game unerlaubt in einer P2P-Tauschbörse veröffentlicht wird: OLG Köln, Beschl. v. 19.09.2014 – Az.: 6 W 115/14.
- Trägt der Beklagte in einem P2P-Tauschbörsen-Prozess vor, dass noch andere Familienangehörige die Urheberrechtsverletzung begangen haben können, reicht dies aus, um die tatsächliche Vermutung der Haftung des Anschlussinhabers zu erschüttern: AG München, Urt. v. 19.11.2014 – Az.: 171 C 25315/13.
- Der unerlaubte Upload eines Hörbuchs in P2P-Tauschbörse begründet einen Schadensersatzanspruch iHv. 300,- EUR: AG München, Urt. v. 29.10.2014 – Az.: 58 C 2576/13.
- Bekommt ein Unternehmen an einem Filmwerk die ausschließlichen Nutzungsrechte lediglich für den DVD- und Video-Bereich übertragen, so ist es nicht berechtigt, P2P-Urheberrechtsverletzungen zu verfolgen: AG Hamburg, Urt. v. 31.10.2014 – Az.: 36a 202/13.
- Der Anbieter eines Sharehosting-Dienstes, der trotz Kenntnis der Urheberrechtsverletzungen nicht aktiv wird, haftet auf Schadensersatz und Unterlassung: LG München I, Urt. v. 11.07.2014 – Az.: 21 O 854/13.
- Dem AG Kassel zufolge verjähren Ansprüche aus P2P-Urheberrechtsverletzungen grundsätzlich nach Ablauf von 3 (und nicht 10) Jahren: AG Kassel, Urt. v. 24.07.2014 – Az.: 410 C 625/14.

- Eine P2P-Urheberrechtsverletzung ist nicht plausibel darlegt, wenn die Zeitpunkte, bei denen die IP-Adresse ermittelt und beauskunftet werden, voneinander abweichen: AG Hamburg, Urt. v. 08.08.2014 – Az.: 36a C 327/13.
- Ein Hotel haftet für die P2P-Urheberrechtsverletzungen seiner Gäste zumindest dann nicht, wenn es in den zustimmungsbedürftigen Nutzungsbedingungen für sein WLAN-Netzwerk einen ausdrücklichen Haftungshinweis einbindet: AG Hamburg, Urteil vom 10.06.2014: Az.: 25b C 431/13.
- Der Vermieter von Ferienwohnungen haftet für die P2P-Urheberrechtsverletzungen seiner Mieter zumindest dann nicht, wenn er seine Kunden ausreichend über die Nutzung des Internets belehrt hat: AG Hamburg, Urteil vom 24.06.2014 – Az.: 25b C 924/13.
- Nach Ansicht des AG Köln, soll bei P2P-Tauschbörsenfällen der fliegende Gerichtsstand nicht gelten : Urteil vom 18.11.2013 - Az.: 137 C 262/13.
- Ein File-Hosting-Dienst ist zu einer umfassenden regelmäßigen Kontrolle der Linksammlungen verpflichtet, die auf seinen Dienst verweisen, wenn er durch sein Geschäftsmodell Urheberrechtsverletzungen in erheblichem Umfang Vorschub leistet: BGH Urteil vom 15.08.2013 - I ZR 80/12.
- Der Streitwert bei P2P-Urheberrechtsverletzungen im privaten Bereich ist nach Ansicht des AG Hamburg auf 1000,- EUR, die Abmahnkosten auf 130,- EUR gedeckelt: AG Hamburg, Hinweisbeschluss vom 24.07.2013 - Az.: 31a C 109/13.
- Ein Anschluss-Inhaber haftet unter Umständen auch dann nicht für die über seinen Zugang begangenen Urheberrechtsverletzungen, wenn er einen werksseitig eingestellten W-LAN-Schlüssel verwendet: AG Frankfurt a.M., Urteil vom 24.05.2013 - Az.: 30 C 3078/12(75).
- Ehegatte haftet bei P2P-Urheberrechtsverletzungen nicht grundsätzlich als Mitstörer für die Handlungen seines Ehepartners: OLG Frankfurt a.M., Beschluss vom 22.03.2013 - Az.: 11 W 8/13.
- Die Störerhaftung für P2P-Urheberrechtsverletzungen tritt nicht ein, wenn der Anschlussinhaber selbst über keinerlei Hardware zur Nutzung verfügt: LG München, Urteil vom 22.03.2013 – Az.: 21 S 28809/11.
- Eltern haften nicht grundsätzlich für das illegale Filesharing ihres Kindes: BGH, Urteil vom 15.11.2012, Az.: I ZR 74/12.
- Anschlussinhaber haftet nur dann nicht für die über seine Leitung begangene Urheberrechtsverletzung, wenn er darlegen kann, dass ihn keinerlei Verantwortlichkeit trifft: LG Köln, Urteil vom 31.10.2012, Az.: 28 O 306/11.
- Anschlussinhaber haftet nicht automatisch für eine über seinen Internetanschluss begangene Urheberrechtsverletzung: LG Köln, Urteil vom 24.10.2012, Az.: 28 O 391/11.

- Auch RetroShare-User haften für Urheberrechtsverletzungen Dritter: LG Hamburg, Beschluss vom 24.09.2012, Az.: 308 O 319/12.
- Klärungsbedürftigkeit der Frage des FileSharing: BVerfG, Urteil vom 21.03.2012, Az.: 1 BvR 2365/11.
- Rapid-Share II: OLG HH, Urteil vom 14.03.2012, Az.: 5 U 87/09.

4. Framing

- Der u.a. für das Urheberrecht zuständige I. Zivilsenat des Bundesgerichtshof hat heute entschieden, dass der Betreiber einer Internetseite keine Urheberrechtsverletzung begeht, wenn er urheberrechtlich geschützte Inhalte, die auf einer anderen Internetseite mit Zustimmung des Rechtsinhabers für alle Internetnutzer zugänglich sind, im Wege des "Framing" in seine eigene Internetseite einbindet: *Pressemitteilung des EuGH v. 09.07.2015*
- Nach Ansicht des OLG Düsseldorf ist ein online geschlossener Maklervertrag ein Fernabsatzvertrag, der auch widerrufen werden kann: OLG Düsseldorf, Urt. v. 13.06.2014 – Az.: I-7 U 37/13.
- In einem Online-Portal für Flüge handelt es sich bei den Zahlungsmöglichkeiten "VISA Electro" und "MasterCard GOLD" um kein gängiges, zumutbares Zahlungsmittel: OLG Dresden, Urt. v. 03.02.2015 – Az.: 14 U 1489/14.
- Nach Ansicht des EuGH ist Framing grundsätzlich keine urheberrechtliche Vervielfältigungshandlung und somit kein Urheberrechtsverstoß: EuGH, Beschl. v. 21.10.2014 – Az.: C-348/13.
- Kein Zueigenmachen fremder Web-Inhalte durch das Anzeigen dieser in Form von Frames: OLG Köln, Urteil vom 14.09.2012, Az.: 6 U 73/12.
- Keine Urheberrechtsverletzung durch Frame- Einbindung: OLG Köln, Urteil vom 16.03.2012, Az.: I-6 U 206/11.

VIII. Markenrecht

- Smartphone-Apps können Werktitelschutz iSv § 5 III MarkenG genießen, wenn sie hinreichend unterscheidungskräftig sind: BGH, Urt. v. 28. Januar 2016 - I ZR 202/14
- Amazon-Suchergebnisse, die neben den gesuchten Markenprodukten auch Mitbewerber anzeigen, sind Markenverletzung (LG München I, Urt. v. 18.08.2015 – Az.: 33 O 22637/14.
- Die Autocomplete-Funktion der Amazon-Suche verletzt fremde Markenrechte: LG Köln, Urt. v. 24.06.2015 – Az.: 84 O 13/15.

- Zeigt bei Eingabe eines markenrechtlich geschützten Begriffs die interne *Amazon*-Suche nur Produkte von Mitbewerbern an, handelt es sich hierbei um eine Markenverletzung. Ein Rechtsverstoß liegt nur dann nicht vor, wenn ein ausdrücklicher Hinweis darauf erfolgt, dass keines der angezeigten Ergebnisse der Eingabe entspricht: OLG Köln, Urte. v. 20.11.2015 – Az.: 6 U 40/15.
- *Amazon*-interne Suchergebnisse, die ein *Amazon*-Nutzer erhält, wenn er auf der Webseite nach einem bestimmten Produkt sucht, verletzen keine Markenrechte: LG Berlin, Urte. v. 02.06.2015 – Az.: 91 O 47/15.
- Der EuGH hat in einem aktuellen Urteil klargestellt, dass das bestehende Bankgeheimnis nicht ein Unternehmen daran hindert, im Falle von Online-Markenverletzungen einen Auskunftsanspruch geltend zu machen: Urte. v. 16.07.2015 – Az.: C-580/13
- Ein Marketplace-Händler haftet für die von *Amazon* begangenen Markenrechtsverletzungen: LG Berlin, Urte. v. 10.02.2015 – Az.: 15 O 22/14.
- Verwendet ein Online-Shop eigene Bildmotive für ein bekanntes Markenparfum (*hier: "Calvin Klein"*) und erweckt damit den Eindruck, Teil des selektiven Vertriebssystems des Rechteinhabers zu sein, liegt eine Markenverletzung vor: LG Hamburg, Versäumnisurteil v. 08.01.2015 – Az.: 315 O 339/13.
- Eine Preissuchmaschine haftet erst ab Kenntnis für Markenverletzungen bei den eigenen, ergänzenden Suchvorschlägen: OLG Braunschweig, Urteil vom 02.04.2014 – Az.: 2 U 8/12.
- Die Verwendung einer fremden Amazon Standard-Identifikationsnummer, kurz ASIN, ist als Markenverletzung zu qualifizieren: LG Düsseldorf, Urteil vom 20.01.2014 – Az.: 2a O 58/13.
- Die Bezeichnung "*Stadt Land Fluss*" als Name für eine Smartphone-App ist klar beschreibend, so dass ihr jede Herkunftsfunktion fehlt und keine markenmäßige Verwendung vorliegt: KG Berlin, Urteil vom 01.11.2013 - Az.: 5 U 68/13.
- Die Mobile App "*wetter DE*" von *wetter.at* verletzt nicht die Kennzeichenrechte von *wetter.de*: LG Hamburg, Beschluss vom 08.10.2013 - Az.: 327 O 104/13.
- Markenrecht und Social Media Accounts: KG Berlin, Beschluss vom 01.04.2011, Az.: 5 W 71/11.

IX. Äußerungsrecht und Presserecht

- Blogs in der Form von Diskussionsforum gehören nicht zur Presse, weshalb kein Auskunftsanspruch gegenüber staatlichen Stellen besteht: VG Augsburg, Beschl. v. 31.05.2016, Az. Au 7 E 16.251
- Das Verwaltungsgerichts Stuttgart den Eilantrag eines 14-jährigen, in Klassenstufe 7 beschulten Schülers (Antragsteller) gegen seinen durch die Schulleiterin angeordneten

sofortigen fünfzehntägigen Ausschluss vom Unterricht wegen im Klassenchat getätigten und gegen die Schulleiterin gerichteten beleidigenden „What’s App“-Äußerungen abgelehnt – VG Stuttgart, Beschluss vom 01.12.2015 Az.: 12 K 5587/15.

- Bei ungewöhnlichem Internet-Nutzungsverhalten trifft den Telekommunikations-Anbieter eine allgemeine Fürsorgepflicht, die Verbindung kurzfristig zu unterbrechen und den Kunden über das bisherige hohe Kostenaufkommen zu informieren. Die Grenze, bei der ein solches ungewöhnlich hohes Kostenaufkommen anzunehmen ist, orientiert sich nach der EU-Roaming Verordnung II (EG) Nr. 544/2009 und liegt bei 59,50 EUR brutto: AG Bonn, Urt. v. 21.11.2014 – Az.: 104 C 432/13.
- Werturteile in einem Online-Shop begründen keinen Schadensersatz-Anspruch: OLG München, Beschl. 12.02.2015 – Az.: 27 UI 3365/14.
- Kündigung nach Chef-Beleidigung auf Facebook ist rechtmäßig: LAG Hamm, Urteil vom 11.10.2012, Az.: 127-007-12.

X. Internetstrafrecht

- Ermittlungsbehörden dürfen E-Mails grundsätzlich nicht heimlich beschlagnahmen. Vielmehr handelt es sich um eine offene strafrechtliche Ermittlungsmaßnahmen, deren Anordnung den Beteiligten bekannt zu geben ist: BGH, Beschl. v. 04.08.2015 – Az.: 3 StR 162/15.
- Wer online an einem ausländischem Online-Glücksspiel (hier: Black Jack) teilnimmt, macht sich strafbar: AG München, Urt. v. 26.09.2014 – Az.: 1115 Cs 254 Js 176411/13.
- Die Haftungs-Privilegien des Telemediengesetz (TMG) gelten für Webhosting-Unternehmen auch im Bereich des Strafrechts: KG Berlin, Urt. v. 25.08.2014 – Az.: 4 Ws 71/14 - 141 AR 363/14.
- Wird in einer Abmahnung die Rechtsprechung falsch dargestellt, kann es sich um einen strafrechtlichen Betrug handeln: AG Düsseldorf, Urteil vom 08.10.2013 - Az.: 57 C 6993/13.
- Eine Countdown-Auktion im Internet kann unter Umständen ein verbotenes Glücksspiel sein: VGH Mannheim, Urteil vom 23.05.2013 - Az.: 6 S 88/13.
- Die Geltendmachung von unberechtigten Abmahnkosten ist kein Betrug, wenn kein Bezug zu einer unzutreffenden Tatsachenbasis hergestellt und die rechtliche Wirksamkeit des Anspruchs nicht wahrheitswidrig als gesichert dargestellt wird: OLG Köln: Beschluss vom 14.05.2013 - Az.: III-1 RVs 67/13.
- Bedrohungen über Facebook rechtfertigen Anordnungen nach dem Gewaltschutzgesetz: OLG Hamm, Beschluss vom 23.04.2013 – Az.: 2 UF 254/12.

- Die Daten eines Users im Online-Forum eines Verlages unterliegen nicht der Beschlagnahmefreiheit: LG Augsburg, Beschluss vom 19.03.2013 - Az.: 1 Qs 151/137.
- Öffentlicher Aufruf zum „Schottern“ auf Internet-Seite ist strafbar: OLG Celle, Beschluss vom 14.03.2013 – Az.: 31 Ss 125/12.
- Amoklauf-Ankündigung bei Facebook kann strafbar sein: LG Aachen, Urteil vom 05.09.2012, Az.: 94 Ns 27/12.

XI. Namens-/ Domainrecht

- Deutsches Wettbewerbsrecht ist bei Online-Werbeaussagen immer dann anwendbar, wenn die Domain sich bestimmungsgemäß (auch) an deutsche Verbraucher richtet: KG Berlin, Urt. v. 27.11.2015 – Az.: 5 U 20/14.
- Fotos von Grabsteinen, die die Namen der Verstorbenen enthalten, dürfen auf einer Webseite veröffentlicht werden: AG Metmann, Urt. v. 16.06.2015 – Az.: 25 C 384/15.
- Der Betroffene hat einen Anspruch auf Schadensersatz, wenn das Landeskriminalamt bei der Ermittlung des Domain-Inhabers fahrlässig falsch handelt, weil es Second-Level-Domain und Sub-Domain verwechselt: LG Koblenz, Urt. v. 10.03.2015 – Az.: 1 O 415/14.
- Die Nutzung eines fremden Domain-Namens als AdWords-Anzeige ist zulässig: OLG Düsseldorf, Urteil vom 23.04.2013 - Az.: I-20 U 159/12.
- Das Land Berlin hat einen Anspruch auf die Domain "*berlin.com*": KG Berlin, Urteil vom 15.03.2013 - Az.: 5 U 41/12.
- Internet-Livestreams von frei empfangbaren Fernsehsendungen ohne Zustimmung sind urheberrechtswidrig: EuGH, Urteil vom 07.03.2013, Az.: C-607/11.
- Verbot einer Namensverwendung auf einer bestimmten Internetseite ist nicht verletzt, wenn die Webseite einen Hinweis auf die erzwungene Umbenennung und einen Link auf die neue URL enthält: KG Berlin, Beschluss vom 26.02.2013 - Az.: 5 W 16/13.
- Eilanträge von Facebook gegen Klarnamenzwang erfolgreich: VG Schleswig, Beschlüsse vom 14. 02.2013, Az.: 8 B 60/12 und 8 B 61/12.
- Registrierung eines Domainnamens ist kein absolutes Recht i.S.d. § 823 I BGB: BGH, Urteil vom 18.01.2012, Az.: I ZR 187/10.